

Unser

Antragsbuch

zum Landesparteitag

in Wetzlar

am 6. April 2019

**Freie
Demokraten**

Hessen **FDP**

Landesparteitag der FDP Hessen am 6. April 2019 in Wetzlar

Seite 1

Inhaltsverzeichnis

Antrag	
001	Sicherheit geht vor – auch in der Leitung der FDP Hessen Lasse Becker, Elias Knell, Philipp Herbold, Peter Engemann, Nathalie Meyer, Nils Weigand, Daniel Protzmann, Jörg Behlen, Dennis Pucher, Michael Bross, Lucas Schwalbach, Chris Diers, Jens Jacobi
002	Landlust statt Landfrust – der ländliche Raum 2.0 Junge Liberale Hessen
003	Gentechnik – ein echter Fortschrittmacher Junge Liberale Hessen
004	Mobilität der Zukunft LFA Forschung, Technologie, Energie; LFA Verkehr, Dr. Matthias Büger, Klaus Gerhard, Carsten Seelmeyer
005	Neufestlegung der Grenzen der FDP Bezirksverbände FDP Kreisverband Marburg-Biedenkopf
006	Nicht mähen, machen – Nord- und Osthessen als innovativste Region Hessens FDP Bezirksverband Nord-/Osthessen
007	Digitales Klassenbuch auch für Hessen FDP Bezirksverband Nord-/Osthessen, FDP Kreisverband Marburg-Biedenkopf, Jochen Rube, Kornelia Ahr-Wiehe
008	Digitalscouts für hessische Schulen FDP Bezirksverband Nord-/Osthessen, FDP Kreisverband Marburg-Biedenkopf, Junge Liberale Hessen, Jochen Rube
009	Kein generelles Tempolimit! FDP Bezirksverband Nord-/Osthessen
010	Erziehermangel beheben FDP Kreisverband Frankfurt
011	Hessen wird digital: Stadtentwicklung und Verkehr FDP Kreisverband Frankfurt
012	Jugendschutz in Online-Spielen durchsetzen Ralph Lange, Maria-Christina Nimmerfroh, Michael Rubin, Kornelia Ahr-Wiehe, Christof Sack, Katja Adler, Tillmann Weber, Sibylle Herbert, Rolf Würz, Thomas F. Fruhwirth, Andreas Eggenwirth
013	Hessen wird digital: Soziales, Gesellschaft und Gesundheit FDP Kreisverband Frankfurt

Landesparteitag der FDP Hessen am 6. April 2019 in Wetzlar

Seite 2

014	Hessen muss wieder mobil werden – Straße, Schiene und Radwege nicht gegeneinander ausspielen – Endlich wieder mehr Tempo bei Planungen und Umsetzungen von Verkehrsprojekten Dr. Stefan Naas MdL, Oliver Stirböck MdL
015	Frauenförderung in der FDP Hessen Liberale Frauen Hessen
016	Schaffung von flächendeckenden Gewaltschutzzentren in Hessen Liberale Frauen Hessen
017	Verwaltungsprozessuales Vorverfahren Stephan Korte
018	Straßenbeiträge FDP Kreisverband Hersfeld-Rotenburg

Landesparteitag der FDP Hessen am 6. April 2019 in Wetzlar

Seite 3

Antrag 001

Betr.: Sicherheit geht vor – auch in der Leitung der FDP Hessen

Antragsteller: Lasse Becker, Elias Knell, Philipp Herbold, Peter Engemann, Nathalie Meyer, Nils Weigand, Daniel Protzmann, Jörg Behlen, Dennis Pucher, Michael Bross, Lucas Schwalbach, Chris Diers, Jens Jacobi

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Der Landesvorstand wird dazu aufgefordert, bei zukünftigen Landtags-,
- 2 Bundestags- oder Europawahlkämpfen, bei denen Landesvorsitzende(r),
- 3 Generalsekretär(in) oder Spitzenkandidat(in) nicht aufgrund einer anderen
- 4 Funktion oder Tätigkeit die Dienste eines Fahrers nutzen können, diesen
- 5 Personen zumindest für Abendtermine mit längerer Anfahrt oder generell bei
- 6 sehr langen Anfahrten in Hessen einen Fahrdienst zur Verfügung zu stellen.

Begründung:

Fahrdienste sind inzwischen durchaus erschwinglich und auch punktuell (ohne fest angestellten Fahrer) oder auch ehrenamtlich organisiert möglich. Wer schon einmal auf Landesebene aktiv war, kann sich vorstellen, dass spätestens nach der 10., 15. oder 20. Abendveranstaltung ein selbstfahrender Politiker gefährdet ist. Ganz konkret hat der Bundestagswahlkampf im letzten Jahr hier sichtbare Überlastungen erzeugt.

Wir als Antragssteller sind uns sicher, dass der Landesvorstand und die betroffenen Personen einen verantwortungsvollen Umgang mit dieser Regelung wählen werden, wollen aber gleichzeitig zukünftig die Sicherheit unserer hessischen Spitzenpolitiker gewährleisten. Dieser Antrag soll als Grundsatzbeschluss dienen, um dem Landesvorstand die klare Unterstützung des Parteitags deutlich zu machen.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Landesparteitag der FDP Hessen am 6. April 2019 in Wetzlar

Seite 4

Antrag 002

Betr.: Landlust statt Landfrust – der ländliche Raum 2.0

Antragsteller: Junge Liberale Hessen

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Der ländliche Raum ist Heimat für die Hälfte aller Hessen, Ort der Erholung,
2 Fundament einer starken hessischen Wirtschaftsleistung und eine
3 Zukunftsregion, die viele Potenziale birgt. Die Diversität und hochwertige
4 Kulturlandschaft sind zwei seiner größten Stärken und macht ihn zu einer der
5 zukunftsträchtigsten Regionen in Hessen. Daher sehen wir es als unsere
6 Aufgabe an, die Lebens- und Arbeitsbedingungen im ländlichen Raum zu
7 fördern und Investitionen zu tätigen, um die ländlichen Räume fit für die Zukunft
8 und kommende Generationen zu machen. Jede Region hat andere
9 Gegebenheiten, Bedürfnisse und Anforderungen. Daher sind eine individuelle und
10 bedarfsgerechte Förderung sowie die Nutzung von Synergieeffekten zwischen
11 ländlichen Gemeinden entscheidende Faktoren bei der Aufwertung des
12 ländlichen Raums. Fortschritt und Innovation dürfen nicht hinter der Stadtgrenze
13 aufhören, sondern müssen im gesamten Land stattfinden.

14 Freiraum durch Mobilität

15 Die Wahl des Wohnortes ist ein Ausdruck persönlicher Freiheit, die wir nicht
16 durch eine Vernachlässigung einer Region einschränken wollen. Die Stärkung
17 des ländlichen Raums beginnt bei der Verbesserung der dortigen Infrastruktur
18 und Mobilität. Die FDP Hessen will dies durch erhöhte Investitionen in die
19 Verkehrsinfrastruktur und durch die Etablierung innovativer Verkehrskonzepte
20 erreichen. Die FDP Hessen fordert folgende Maßnahmen zur Stärkung der
21 Mobilität im ländlichen Raum:

22 • Eine Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur durch eine Erhöhung der
23 Landesmittel für den Ausbau und die Instandhaltung der Landesstraßen.

24 • Eine bessere Auslastung des motorisierten Individualverkehrs durch die
25 finanzielle und rechtliche Förderung von Angeboten von interregionalen
26 Mitfahrzentralen, Car- und Ridesharing-Modellen und Bürgerbusvereinen oder
27 Dorfmobilen.

28 • Die Aufhebung von staatlichen Markthindernissen für neue, konkurrierende
29 Personenbeförderungsdienste.

30 • Die Implementierung von Anreizsystemen für das Bilden von
31 Fahrgemeinschaften in Kooperation mit Kommunen und lokalen Arbeitgebern.

Landesparteitag der FDP Hessen am 6. April 2019 in Wetzlar

Seite 5

32 Diese können beispielsweise das Anbieten kostenloser Parkplätze oder
33 betriebsinterne Belohnungssysteme sein.

34 • Die Möglichkeit den Führerschein zu erwerben soll ab 16 Jahren möglich sein.
35 Jedoch soll das eigenständige Fahren erst erlaubt sein, wenn entweder die
36 Person volljährig wird, oder mindestens 1 Jahr begleitend gefahren ist. Somit ist
37 ein Ausgleich zwischen Mobilität und Verkehrssicherheit geschaffen.

38 • Die Entwicklung verschiedener Verkehrssysteme mit- und nicht nebeneinander.
39 Dazu bedarf es einer besseren Vernetzung durch die Bereitstellung von Daten
40 der Fahrten, um eine verbesserte Taktung z.B. zwischen Bus und Bahn
41 herzustellen sowie die Einführung bedarfsorientierter ÖPNV-Systeme wie AST
42 und Baxi.

43 • Die Aufhebung kommunaler Grenzen im ÖPNV. Das bedeutet die
44 Zusammenführung der drei hessischen Verkehrsverbünde RMV, NVV und VRN

45 • Die Schaffung der Voraussetzungen für autonomes Fahren, um eine
46 flächendeckende ÖPNV Versorgung zu vereinfachen. Dies erfordert den
47 flächendeckenden Ausbau von mobilem Breitbandinternet sowie die
48 Ermöglichung von Fahrzeug-zu-Infrastruktur-Kommunikation.

49 **Breitband statt Funklöcher**

50 Das Internet verbindet Menschen miteinander, ist wesentlicher Bestandteil einer
51 modernen Arbeitswelt und ermöglicht soziale Teilhabe. Damit auf dem Land ein
52 Zugang zur digitalen Welt möglich ist, fordert die FDP Hessen:

53 • die Versorgung aller Haushalte, jedes Ortes, jeder Schule und jedes
54 Unternehmens in Hessen mit hochleistungsfähigen Anschlüssen und
55 Glasfaserleitungen.

56 • die Einrichtung öffentlicher Infrastrukturfonds, um private Investoren an den
57 Projekten beteiligen zu können. An den Orten, an denen keine Privaten
58 investieren, muss das Land Hessen für die Finanzierung Sorge tragen.

59 • den Ausbau der Einrichtung öffentlicher WLAN-Zugänge im öffentlichen
60 Bereich, inklusive WLAN-Hotspots in Bus und Bahn sowie an Haltestellen.

61 • die Installierung eines leistungsstarken Mobilfunknetzes. Wir wollen Hessen zur
62 Pilotregion für den Rollout des 5G Mobilfunknetzes machen, welches ca.
63 zehnmal so schnell ist, wie das LTE-Netz. 5G als neues Standardnetz wird für
64 das Jahr 2020 erwartet. Als Freie Demokraten streben wir eine landesweite
65 Versorgung mit 5G bis 2022 an. Um insbesondere die notwendige höhere
66 Senderdichte und die Stabilität des Netzes zu gewährleisten braucht es flexible
67 Lösungen. Dazu soll das Land notwendige Flächen in Eigenbesitz leichter zur
68 Verfügung stellen, um dort entsprechende Installationen von Sendern einfacher
69 zu ermöglichen.

Landesparteitag der FDP Hessen am 6. April 2019 in Wetzlar

Seite 6

70 **Beste Bildung und optimale Gesundheitsversorgung auf dem Land**

71 Bildung ist die Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben, das Fundament
72 von Innovation und einer starken Wirtschaftsleistung sowie eine Investition in die
73 Zukunft. Um beste Bildung auf dem Land sicherzustellen, ist es erforderlich, ein
74 vielfältiges Schul- und Kulturangebot zu erhalten. Daher fordert die FDP Hessen:

75 • die verstärkte Ausweitung und Nutzung von e-Learning und digitalen
76 Plattformen. Hierfür fordern wir weiterhin die Einführung eines
77 Digitalisierungsbudgets für hessische Schulen.

78 • die Förderung von Schulen in freier Trägerschaft im ländlichen Raum bereits
79 ab der Genehmigung der Schule als Ersatzschule mit staatlichen Mitteln.
80 Privatschulen können eine gut funktionierende Ergänzung zu staatlichen Schulen
81 darstellen.

82 • den dezentralen Ausbau dualer Studienangebote gerade in hessischen klein-
83 bis mittelgroßen Städten, um der Abwanderung von jungen Menschen zur
84 Aufnahme eines Studiums entgegenzutreten und ihnen eine akademische
85 Zukunft auf dem Land zu bieten.

86 • die Förderung des Aufbaus multifunktionaler Einrichtungen, die interkommunal
87 in Kooperation zwischen privaten und öffentlichen Trägern aufgebaut werden
88 und als Kristallisationspunkte für außerschulische Bildung, Kultur und Soziales
89 fungieren.

90 • die Unterstützung von Kooperationen zwischen Ehrenamt, Vereinen und
91 Schulen.

92 Jeder Mensch muss Zugang zu medizinischer Versorgung haben. Um
93 flächendeckend eine optimale medizinische Versorgung zu garantieren, setzt
94 sich die FDP Hessen dafür ein,

95 • den Beruf des Landarztes attraktiver zu gestalten. Dies gelingt unter anderem
96 durch extrabudgetärer Honorarzuschläge für Landärzte, die Abschaffung von
97 Regressen, zeitlich begrenzte Förderung der Neuniederlassung im ländlichen
98 Bereich und die Entlastung von bürokratischen Hemmnissen.

99 • die Chancen telemedizinischer Angebote zu nutzen. Daher forciert die FDP
100 Hessen die Schaffung gesetzlicher Rahmenbedingungen zum Einsatz der
101 Telemedizin.

102 • spezialisierte Gesundheitszentren in Hessen einzurichten, um Ärzte zu
103 entlasten und eine flächendeckende Versorgung im Gesundheitssektor
104 sicherzustellen.

105 • selbstständige Pflegeeinrichtungen im ländlichen Raum wirtschaftlich zu fördern
106 und von unnötigen bürokratischen Hemmnissen zu befreien. Ebenso sollen auch

Landesparteitag der FDP Hessen am 6. April 2019 in Wetzlar

Seite 7

107 Rahmenbedingungen für innovative Konzepte wie Pflegestützpunkte,
108 Alterswohngemeinschaften und Generationenhäuser geschaffen werden.

109 • dass im Hessischen Krankenhausgesetz die Grundlage geschaffen wird,
110 regional bedeutsamen Krankenhäusern per Ministererlass die Gewährung eines
111 Sicherstellungszuschlages zu ermöglichen, auch wenn sie nicht vollständig die
112 Kriterien des Gemeinsamen Bundesausschusses erfüllen und existenziell für eine
113 wohnortnahe Versorgung sind.

114 **Tourismus**

115 Gerade in ländlichen Regionen nimmt der Tourismus als Wirtschaftsfaktor eine
116 wichtige Rolle ein. Er fördert den Ausbau und Erhalt einer bedarfsorientierten
117 Infrastruktur, schafft Arbeitsplätze und ist wichtig für den sozialen Austausch und
118 Zusammenhalt. Wir setzen uns dafür ein, das Gastgewerbe zu fördern.
119 Investitionen in die Gastronomie müssen sich lohnen und bürokratische
120 Behördenauflagen auf das Notwendigste reduziert werden. Eine Zersplitterung
121 touristischer Angebote ist zu verhindern. Stattdessen müssen zielgerichtete
122 Kooperationspotenziale erkannt und Synergieeffekte zwischen Kommunen
123 genutzt werden. Die FDP Hessen spricht sich für die gemeinsame Vermarktung
124 von regionalen Tourismusgebieten aus. Hierzu fordern wir die Landkreise auf,
125 sich in interkommunalen Gesellschaften zu organisieren, um gemeinsam eine
126 Steigerung der regionalen Wertschöpfung zu erreichen. Um die einzigartigen
127 Attraktionen und Gegebenheiten langfristig zu erhalten, sollen touristische
128 Attraktionen in Einklang mit Landschaft, Kultur und regionaler Identität gebracht
129 werden. Der Erhalt des Natur- und Erholungsraums hat für uns hohe Priorität.
130 Wir wollen die Natur nicht gegen die Tourismuswirtschaft ausspielen, sondern
131 einen nachhaltigen Einklang zwischen Ökologie und Ökonomie herstellen.

132 **Landwirtschaft erfahrbar machen**

133 Ein hoher Anteil landwirtschaftlich genutzter Flächen ist ein zentrales
134 Charakteristikum lebendiger ländlicher Räume. Die Landwirtschaft ist ein
135 wichtiger Wirtschaftsfaktor in Hessen. Wir setzen uns für eine
136 eigenverantwortliche und selbstbestimmte Landwirtschaft ein. Staatliche
137 Gängelungen in der Landwirtschaft lehnen wir ab. Darüber hinaus setzen wir uns
138 für einen fairen und möglichst freien Welthandel mit landwirtschaftlichen
139 Erzeugnissen ein. Eingriffe in einen freien Markt wie Handelsbarrieren,
140 Exporterstattungen und Subventionen lehnen wir auf lange Sicht ab, da diese
141 Wettbewerbsverzerrungen auf Kosten der Steuerzahler bewirken und Betriebe
142 ohne Unterstützung benachteiligt werden. Wir fordern eine Reform der
143 gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU. Zunächst sollen anstelle von
144 Direktzahlungen verstärkt Mittel in gezielte Förderprogramme verlagert werden.
145 Hierbei soll die Förderung ressourcenschonender und innovativer Techniken im
146 Vordergrund stehen. Das langfristige Ziel der JuLis Hessen ist eine
147 Landwirtschaft 4.0, die durch Smart Farming und modernste Techniken für die
148 Zukunft gerüstet ist und langfristig ihren Teil zur Ernährung beitragen kann. Die

Landesparteitag der FDP Hessen am 6. April 2019 in Wetzlar

Seite 8

149 als Direktzahlungen verbliebenen ökologischen Maßnahmen sind zu bündeln und
150 flexibel sowie praxisnah zu gestalten. Sie sollten nur dann durchgeführt werden,
151 wenn sie einen wissenschaftlich bestätigten Mehrwert für die Umwelt bieten.
152 Langfristiges Ziel sollte die Abschaffung der Direktzahlungen sein. Sie sollen
153 durch ein System ersetzt werden, das weiterführende ökologische Leistungen im
154 Sinne des Biodiversitäts- und Klimaschutzes angemessen vergütet. Hinsichtlich
155 den in den letzten Jahren immer häufiger auftretenden extremen Wetterlagen
156 setzen wir anstelle von staatlichen Nothilfen auf eine steuerbefreite
157 Risikoausgleichsrücklage.

158 Damit Hilfen sowie Investitionsförderprogramme auch tatsächlich abgerufen
159 werden können, ist es unser Ziel, überbordende Regulierungen abzubauen und
160 die Bürokratie, die die Investitions- und Produktionskosten unnötig erhöhen, auf
161 ein Minimum zu reduzieren. Dazu gehört unter anderem die Möglichkeit für jeden
162 Landwirt, Förderprogramme unkompliziert online beantragen zu können. Wir
163 bekennen uns zu Förderprogrammen im Agrarsektor unter anderem in den
164 Bereichen Digitalisierung und Präzisionslandwirtschaft. Allerdings lehnen wir eine
165 diskriminierende Förderung einer bestimmten Produktionstechnik oder Form der
166 Landwirtschaft entschieden ab. Einzig der Verbraucher entscheidet darüber,
167 welche Produkte er kaufen möchte. Einseitige staatliche Empfehlungen sollen
168 unterlassen werden.

169 Weiterhin sehen wir große Chancen und Potentiale in der Digitalisierung und der
170 Präzisionslandwirtschaft. Die Messung und Nutzung digitaler Daten, die durch
171 den Einsatz von u.a. Sensoren, Satellitendaten, Wetterprognosen und
172 Bodenanalysen erhoben werden, können die Effizienz im Anbau
173 landwirtschaftlicher Produkte erheblich steigern und Missernten vorbeugen. Auch
174 im Bereich der Tierhaltung verbergen sich große Potentiale durch den Einsatz
175 digitaler Technologien. Daher unterstützen wir aktiv Investitionen in den Aufbau
176 von intelligenten Agrarmanagementsystemen, die zu einer Optimierung der
177 Produktion führen und einen kontrollierten und nachhaltigen Anbau von Pflanzen
178 gewährleisten. Um entsprechende Technologien stärker zu verbreiten, setzen wir
179 uns dafür ein, den Ausbau der digitalen Infrastruktur auf einem 4G und zukünftig
180 5G-Standard flächendeckend voranzutreiben, Weiterbildungsangebote für
181 Landwirte dezentral anzubieten sowie weitergehende Forschung im Bereich des
182 Digital Farmings voranzutreiben.

183 Um dem Fachkräftemangel in der Landwirtschaft entgegenzutreten, ist es
184 notwendig, den Beruf des Landwirtes attraktiver zu gestalten. Dies gelingt vor
185 allem durch die Aufklärung über das Berufsfeld des Landwirts und der
186 Herstellung einer Bindung gerade von jungen Leuten zu Lebensmitteln und
187 landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Daher fordert die FDP Hessen die Einführung
188 eines Freiwilligen Landwirtschaftlichen Jahres analog zu bereits bestehenden
189 Modellen. Dadurch wird jungen Menschen die Möglichkeit gegeben, Einblicke in
190 landwirtschaftliche Arbeitsprozesse zu gewinnen und ihr Bewusstsein für die
191 Produktion von Lebensmitteln zu erweitern.

Landesparteitag der FDP Hessen am 6. April 2019 in Wetzlar

Seite 9

192 **Forstwirtschaft**

193 Fast die Hälfte der hessischen Fläche ist durch Wald bedeckt. Wir setzen uns
194 für eine nachhaltige und verantwortungsbewusste Bewirtschaftung des Waldes in
195 Hessen ein. Daher wollen wir verstärkt Synergieeffekte nutzen und den
196 Kleinprivatwald sowie die forstwirtschaftlichen Zusammenschlüsse stärken, um
197 die nachhaltige Bewirtschaftung zu unterstützen. Eine pauschal durchgeführte,
198 nahezu flächendeckende Zertifizierung des Waldes der Bestände von Hessen
199 Forst mit dem FSC-Siegel lehnen wir ab. Ökologisch gesehen bewirkt es keine
200 positiven Effekte und ökonomisch werden kommunale und private Waldbesitzer
201 in der Folge stark belastet. In Zukunft soll Hessen Forst frei von ideologisch
202 motivierten politischen Handlungen entscheiden können, welche Reviere nach
203 FSC oder alternativen Gütesiegeln zertifiziert werden.

204 **Jagd**

205 Jäger erfüllen wichtige Funktionen wie die Bestandsregulierung sowie die
206 Bekämpfung von Tierkrankheiten oder Schädlingen. Daher bekennen wir uns zu
207 einer verantwortungsvollen Bejagung von Tieren durch ausgebildete Jäger und
208 lehnen negative Stigmatisierung von Jägern ab, die eine gewissenhafte und
209 notwendige Arbeit zum Wohle der Pflege von Wildtieren und deren
210 Lebensräume durchführen. Die FDP Hessen unterstützt entsprechende
211 Bestrebungen zur Rücknahme der Hessischen Jagdverordnung, welche das
212 Hessische Jagdgesetz auszuhöhlen versucht. Prinzipiell sind wir der Ansicht, vor
213 Ort kann am besten und bedarfsgerechten entschieden werden, welche
214 Bejagung notwendig ist. Daher sollten Schonzeiten nur dann erlassen werden,
215 wenn sie wildbiologisch begründet sind. Die ganzjährige Bejagung von
216 Prädatoren und invasiven Arten wie den Waschbären halten wir für richtig.
217 Konzepte wie „Wald vor Wild“, die eine Diskriminierung in der Bewirtschaftung
218 hervorrufen, lehnen wir strikt ab. Zum Schutz der Weidetierhaltung ist ein
219 geordnetes Wolfsmanagement wichtig. Die FDP Hessen fordert, den Wolf
220 analog zur Zuordnung des Luchses ohne Zuweisung einer Jagdzeit dem
221 Wildtierartenkatalog nach § 2 Abs. 1 des Bundesjagdgesetzes zu unterstellen.
222 Dadurch würde ein umfassendes Monitoring und eine Hege nach dem
223 Bundesjagdgesetz ermöglicht werden. Darüber hinaus setzen wir uns für die
224 hessenweite Abschaffung der Jagdsteuer ein.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Landesparteitag der FDP Hessen am 6. April 2019 in Wetzlar

Seite 10

Antrag 003

Betr.: Gentechnik – ein echter Fortschrittmacher

Antragsteller: Junge Liberale Hessen

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Die FDP Hessen fordert eine Wende in der politischen Betrachtung der
2 Gentechnik. Stattdessen bieten vermehrt neue biotechnologische Verfahren viele
3 Chancen und Möglichkeiten, aufkommenden Problemen einer wachsenden
4 Weltbevölkerung zu begegnen. Die Grüne Gentechnik und das Genome Editing
5 bieten die Möglichkeit, in Zukunft mit weniger Pflanzenschutzmitteln und durch
6 angepasste Sorten ressourcenschonend in der Landwirtschaft Lebensmittel zu
7 erzeugen. Der politische Diskurs über Gentechnik sowie neue
8 Züchtungsverfahren, vor allem in der Pflanzenzucht, muss wieder auf Basis von
9 wissenschaftlichen Fakten geschehen und frei von Interessen einzelner
10 politischer Meinungsbildner sein. Dazu gehört es aber auch für ein neues
11 Bewusstsein in der Bevölkerung zu sorgen und Aufklärung zu fördern, anstatt
12 vermehrt Kritikern in staatlichen Institutionen eine breite Plattform zu bieten.
13 Durch das aktuelle Gentechnikrecht wird die EU dauerhaft von einer
14 technologischen Entwicklung abgeschieden und es birgt das Risiko, dass
15 zunehmend Forschungsstandorte in außereuropäische Länder verlagert werden
16 und somit Technologie abwandert.

17 Für eine Reform des Gentechnikrechts

18 Die FDP Hessen fordert eine grundlegende Reform des Gentechnikrechts auf
19 europäischer Ebene. Der aktuelle Gesetzesrahmen basiert auf dem
20 Wissensstand der 1980er Jahre und wird dem derzeitigen Forschungsstand nicht
21 gerecht. Nach EuGH-Urteil vom 25.07.2018 fallen auch gentechnisch veränderte
22 Organismen (GVO), die durch neue Züchtungsverfahren wie CRISPR/Cas unter
23 die EU-Freisetzungsrichtlinie 2001/18/EG und unterliegen somit geltendem
24 Gentechnikrecht. Aus dem Urteil folgt ebenfalls, dass entsprechend hergestellte
25 Produkte der Kennzeichnungspflicht für gentechnisch veränderte Organismen
26 unterliegen und so für den Verbraucher kenntlich gemacht werden müssen.
27 Gentechnische Verfahren haben sich seit den 2000er Jahren rasant
28 weiterentwickelt und durch sogenannte Genome-Editing-Verfahren besteht die
29 Möglichkeit, das Genom wesentlich gezielter und schneller, sowie in einem
30 vereinfachten Verfahren kostengünstiger zu verändern. Es muss unterschieden
31 werden, ob DNA-Bestandteile gezielt, wie bei einer natürlichen Punktmutation
32 verändert werden und ob artfremde DNA implementiert wird. Da keine
33 geeigneten Nachweisverfahren von Organismen, die aus
34 Genome-Editing-Verfahren hervorgehen, existieren, müssen diese wie GVO aus

Landesparteitag der FDP Hessen am 6. April 2019 in Wetzlar

Seite 11

35 klassischen Mutationen behandelt werden. Aus diesem Grund spricht sich die
36 FDP Hessen dafür aus, dass der Gesetzgeber kurzfristig alle rechtlichen
37 Möglichkeiten ausschöpft, GVO aus Genome-Editing-Verfahren jenen GVO, die
38 durch klassische Mutationen entstanden sind, in der rechtlichen Handhabung
39 gleichsetzt. Es sollte bei der Klassifizierung das Produkt und nicht nur der
40 Prozess bewertet werden. Ein neues Gentechnikrecht soll ferner in regelmäßigen
41 Abständen auf die wissenschaftliche Aktualität überprüft werden.

42 Die Zulassungsverfahren für neu entwickelte Pflanzensorten muss vereinfacht
43 und einfacher umsetzbar sein, damit auch mittelständische Unternehmen die
44 Möglichkeit und Biotech Start-Ups die Möglichkeit haben, in diese
45 Zukunftstechnologie zu investieren.

46 **Forschung und Lehre muss den nötigen Freiraum erhalten**

47 Die FDP Hessen kritisiert die Entscheidung des Bundesministeriums für Umwelt,
48 die als unabhängig deklarierte Fachstelle Gentechnik und Umwelt ohne ein
49 nachvollziehbares Ausschreibungsverfahren mit
50 Anti-Gentechnik-Lobbyorganisationen, wie TestBioTech zu besetzen. Die
51 Ausweisung von mit Steuergeldern finanzierten Fachstellen soll in Verbindung
52 mit der Wissenschaft von ausgewiesenen und anerkannten Wissenschaftlern
53 des entsprechenden Themengebiets besetzt werden, um eine unabhängige
54 Beratung zu gewährleisten. Schon in der Schule soll wissenschaftliche
55 Aufklärungsarbeit im Rahmen des naturwissenschaftlichen Unterrichts auf Basis
56 von bestehenden Erkenntnissen zu Risiken, Chancen und Möglichkeiten
57 stattfinden. So kann dies beispielsweise in Schülerlaboren oder in Kooperationen
58 mit Universitäten geschehen, um die Komplexität der naturwissenschaftlichen
59 Sachverhalte entsprechend zu vermitteln. Dabei sollte die Landesregierung auch
60 außerschulische Lernorte finanziell unterstützen, wenn diese unabhängig und
61 ausgewogen über Chancen und Risiken dieser Zukunftstechnologie aufklären. In
62 naher Zukunft soll vor allem die Forschung intensiviert und in diese investiert
63 werden.

64 **Für einen offenen und sachlichen Umgang mit Risiken**

65 Ein sachlicher Umgang mit möglichen Risiken, die mit neuen Technologien der
66 Genomveränderung einhergehen, ist notwendig für einen verantwortungsvollen
67 Umgang mit neuen Züchtungsverfahren. Deswegen sollten nur Personen mit
68 nachgewiesener Sachkunde diese ausführen dürfen. Zudem muss es in jedem
69 Labor einen Beauftragten für biologische Sicherheit geben. Dieser muss ein
70 abgeschlossenes biowissenschaftliches Studium, praktische Laborerfahrung und
71 nachgewiesene Kenntnisse des wissenschaftlichen und rechtlichen Hintergrunds
72 vorweisen.

73 Es besteht zwar innerhalb einer Vielzahl der Einsatzfelder des Genome Editing
74 kein höheres ökologisches Risiko als bei klassischen Züchtungsverfahren oder

Landesparteitag der FDP Hessen am 6. April 2019 in Wetzlar

Seite 12

75 zufälligen Mutationen, jedoch erfordert diese Technologie eine differenzierte
76 Betrachtung.

77 Bei jeder Änderung des Genoms auch bei der Anwendung vom Genome Editing
78 kann zunächst nicht ausgeschlossen werden, dass andere Genabschnitte als die
79 gewünschten verändert werden. Jedoch werden diese sogenannten
80 „off-target“-Ereignissen dem derzeitigen wissenschaftlichen Kenntnisstand als
81 sehr selten angesehen und es wird derzeit in der Wissenschaft die Auffassung
82 vertreten, dass diese seltener sind als bei herkömmlichen Verfahren. Der
83 Forschung muss vermehrt in Freilandversuchen die Möglichkeit gegeben werden,
84 die möglichen Effekte des „off-targets“, wie es heute schon mittels einer
85 Sequenzierung des Gesamtgenoms geschieht, zu untersuchen.

86 GVO, die durch eine neue Technologie erzeugt wurden, sollten einer
87 Einzelfallprüfung in Bezug auf möglichen Risiken unterliegen, anstatt ein
88 Verfahren pauschal durch überzogene Reglementierung zu unterbinden.

89 In naher Zukunft soll vor allem die Forschung intensiviert und in diese investiert
90 werden. Neben der grünen Gentechnik, die momentan das größte
91 Anwendungsgebiet darstellt, sollen beispielsweise auch Heilmöglichkeiten von
92 Erbkrankheiten erforscht werden.

93 Den Gene Drive, bei dem zum Beispiel eine Unfruchtbarkeit in eine Population
94 eingeführt wird, sehen wir grundsätzlich erstmal kritisch. Allerdings stellt auch
95 dies eine Alternative bei stark invasiven Arten oder bei einer großen Gefährdung
96 des Menschen dar. Selbstverständlich wird vor dem Einsatz eine intensive
97 Einzelfallprüfung durchgeführt.

98 Abschließend verschließt sich die FDP Hessen nicht grundsätzlich vor der
99 Anwendung von Gentechnik an Embryonen zur Vorbeugung von bisher
100 unheilbaren Krankheiten. Um dieses langfristig zu ermöglichen, ist allerdings
101 noch sehr viel Forschung notwendig.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Landesparteitag der FDP Hessen am 6. April 2019 in Wetzlar

Seite 13

Antrag 004

Betr.: Mobilität der Zukunft

Antragsteller: LFA Forschung, Technologie, Energie; LFA Verkehr, Dr. Matthias Büger, Klaus Gerhard, Carsten Seelmeyer

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Mobilität ist ein Grundbedürfnis des Menschen. Sich von einem Ort zum anderen
2 bewegen zu können, ist Teil der persönlichen Freiheit. Daher sehen wir als Freie
3 Demokraten unsere Aufgabe darin, Mobilität zu ermöglichen und zu
4 gewährleisten und nicht, sie einzuschränken. Hierzu gehört auch die freie Wahl
5 des Fortbewegungsmittels – sei es Individualverkehr, öffentlicher (Nah-) Verkehr
6 oder Fernverkehr (Flug). Einseitige, ideologische Festlegungen zur
7 Einschränkung der Mobilität lehnen wir ab.

8 Mobilität löst zugleich Belastungen für Mensch und Umwelt aus und beschränkt
9 daher die Freiheit anderer. Dieser Interessengegensatz ist in sinnvoller Weise
10 auszugleichen. Ein solcher Ausgleich kann nicht in einseitigen Verboten liegen.
11 Stattdessen wollen wir Konzepte entwickeln, wie wir persönliche Mobilität
12 erhalten und verbessern können und zugleich Belastungen minimieren. Deshalb
13 fordern die Freien Demokraten Hessen das frühzeitige Schaffen von
14 Rahmenbedingungen für die moderne Verkehrswende des 21. Jahrhunderts.

15 Diesel Aktuell: Fahrverbote vermeiden

16 Diesel-Motoren sind hoch ausgereifte Motoren, die im Vergleich zu anderen
17 Verbrennungsmotoren (Benziner) einen geringeren CO₂-Ausstoß haben. Die
18 Verteufelung des Diesels ist daher weder angebracht noch sinnvoll. Kurzfristig ist
19 oberste Priorität, Fahrverbote in unseren Städten zu verhindern, zumal diese in
20 unverhältnismäßiger Form die Mobilität einschränken und zudem
21 Vermögenswerte in erheblichem Umfang zerstören würden. Die Landtagsfraktion
22 hat ein Bündel kurzfristig wirksamer Maßnahmen vorgelegt. Insbesondere ist der
23 Einsatz von synthetischem Kraftstoff eine wirksame Methode, um Emissionen
24 schnell und sicher zu senken.

25 Antriebssysteme: Zukunft technologiefrei denken

26 Die Technologien, die für Mobilität genutzt werden, werden sich fortentwickeln.
27 Die Politik tut gut daran, den technischen Fortschritt zu unterstützen, ihn durch
28 Forschung zu beschleunigen und ihn, wo erforderlich, mit gesetzlichen
29 Regelungen zu begleiten (z.B. beim autonomen Fahren). Ansonsten sollte sich
30 Politik aber zurückhalten und insbesondere keine einseitigen
31 technologiespezifischen Förderungen vornehmen. Der Schutz von Mensch und

Landesparteitag der FDP Hessen am 6. April 2019 in Wetzlar

Seite 14

32 Umwelt sollte über Vorgaben von Grenzwerten bei gesundheitsgefährdenden
33 Stoffen sowie über Zertifikate bei Treibhausgasen (insbesondere CO₂) erfolgen.
34 Marktmechanismen werden dann dafür sorgen, dass Mobilitätslösungen
35 entstehen, die am besten die folgenden Bedürfnisse erfüllen:

- 36 • Erfüllung der Kundenwünsche nach Mobilität
- 37 • Bequemlichkeit / einfache Bedienbarkeit
- 38 • Wirtschaftlichkeit der Nutzung inkl. Effizienz der eingesetzten Energie
- 39 • Reduktion der Emission von CO₂ (über Zertifikate)
- 40 • Berücksichtigung der regionalen Gegebenheiten (Ballungsraum / ländlicher
41 Raum)

42 Aktuell werden insbesondere batterieelektrische Fahrzeuge als
43 Zukunftstechnologie gepriesen. Sie hat den Vorteil, dass das Fahrzeug (nahezu)
44 emissionsfrei ist, es zudem ausgereifte Elektromotoren gibt und beim Einsatz
45 von regenerativ erzeugtem Strom auch eine regenerative Mobilität möglich wäre.
46 Ob diese Vorteile tatsächlich zum Tragen kommen, ist aber aktuell offen. Denn
47 weder steht ausreichend erneuerbarer Strom zum Verfügung, noch gibt es eine
48 ausreichende Ladeinfrastruktur und Batterien, die unter Belastung eine
49 hinreichend große Reichweite ermöglichen. Außerdem ist die Umweltbilanz
50 aktuell aufgrund der aufwändigen Herstellung der Batterien erst bei großen
51 Fahrleistungen im Vergleich zum Verbrennungsmotor positiv.

52 Die Verwendung von Wasserstoff in Brennstoffzellenfahrzeugen ist ebenfalls
53 eine Option, die ernsthaft in Erwägung gezogen werden sollte.

54 Dies zeigt, dass eine einseitige politische Festlegung auf eine Technologie nicht
55 sinnvoll ist.

56 Es ist Aufgabe des Staates, Grundlagenforschung zu fördern. Gerade weil sich
57 viele Themen der Mobilität von Morgen noch in einem frühen Stadium befinden,
58 ist es sinnvoll, die Forschung voran zu treiben.

59 **ÖPNV: Auf Qualität setzen**

60 Der ÖPNV ist eine wichtige Säule der Mobilität von Morgen. Dies gilt gerade im
61 Ballungsraum, wo viele Menschen gleiche Wege zurücklegen und sich deshalb
62 ein räumlich und zeitlich dichtes Netz wirtschaftlich lohnt. ÖPNV wird attraktiv
63 und angenommen, wenn das Angebot verlässlich ist und die Fahrzeuge gut
64 ausgestattet sind. Er bietet für dem ÖPNV-Fahrer im Gegensatz zum Auto die
65 Chance, die Fahrzeit (als Freizeit oder beruflich) zu nutzen; dem Autofahrer wird
66 dies erst auch autonomes Fahren ermöglichen werden. Da die Nutzung eines
67 PKW mit erheblichen Kosten verbunden ist, wird ein attraktives ÖPNV-Angebot
68 auch genutzt werden, wenn hierfür ein Fahrpreis erhoben wird. Anstatt in
69 weitere kostenfreie Tickets sollten Mittel lieber in die Qualität des Angebots
70 investiert werden.

Landesparteitag der FDP Hessen am 6. April 2019 in Wetzlar

Seite 15

71 Langfristig müssen wir den ÖPNV neu denken, um ihn insbesondere im
72 ländlichen Raum als relevanten Verkehrsträger zu positionieren.

73 Wichtig ist auch, eine möglichst einfache Vernetzung der Verkehrsmittel zu
74 erreichen, was insbesondere große Pendlerparkplätze beim Übergang zum
75 ländlichen Raum erfordert.

76 **Assistenzsysteme und selbstfahrende Autos**

77 Bereits heute besitzen moderne PKW eine große Zahl von Assistenzsystemen.
78 In einzelnen, einfachen Situationen wie z.B. beim Kolonnenverkehr im Stau können
79 manche PKW schon heute kleine Strecken selbständig zurücklegen. Wir sehen
80 hierin einen Trend, den wir begrüßen. Denn er vereinfacht das Fahren und
81 macht es sicherer. Mittelfristig sehen wir das selbständig fahrende Auto als
82 Endpunkt dieser Entwicklung. Solche Fahrzeuge würden es auch älteren und
83 gebrechlichen Personen oder Menschen ohne Führerschein ermöglichen, ein
84 Auto zu verwenden. Auch wären Sharing-Konzepte sehr viel einfacher
85 umzusetzen, wenn die Fahrzeuge selbständig zum nächsten Kunden fahren.
86 Verkehrssysteme auf Basis selbstfahrender Fahrzeuge kombinieren die besten
87 Eigenschaften von motorisiertem Individualverkehr und ÖPNV.

88 Um die Vorteile von Mobilitätssystemen auf Basis selbstfahrender Fahrzeuge zu
89 optimieren, ist proaktives Handeln und Gestalten notwendig. Die Politik sollte
90 dafür sorgen, dass zur gegebenen Zeit die gesetzlichen Rahmenbedingungen
91 geschaffen werden. Die Handlungsfelder in diesem Prozess lassen sich zur
92 Übersicht grob in die folgenden Kategorien einteilen:

- 93 • Gesellschaftliche Akzeptanz
- 94 • Technische Evolution
- 95 • Weiterentwicklung der Verkehrs-Infrastruktur
- 96 • Weiterentwicklung gesetzgeberischer Rahmenbedingungen, vor allem im
97 Bereich Haftungsrecht (z.B. durch eine Pflichtversicherung)
- 98 • Regulatorische Aspekte auf nationaler und internationaler Ebene
- 99 • Gesellschaftliche Transformation vor allem mit Blick auf betroffene
100 herkömmliche Branchen

101 Entscheidend ist vor allem, diese Aspekte nicht isoliert zu betrachten, sondern
102 in ihrem Zusammenwirken.

103 **Die Zukunft heißt Vernetzung**

104 Wir als Freie Demokraten sind überzeugt, dass die Zukunft der Mobilität in der
105 Vernetzung liegt.

- 106 • Umstieg von einem Verkehrsträger auf den nächsten (z.B.
107 Individualverkehr im ländlichen Bereich, ÖPNV in der Metropolregion,
108 Park+Ride für PKW und Fahrräder)

Landesparteitag der FDP Hessen am 6. April 2019 in Wetzlar

Seite 16

- 109 • Kommunikation der Verkehrsträger untereinander, z.B. der (autonom
110 fahrenden) Fahrzeuge
- 111 • Intelligente Verkehrslenkung, um Staus zu vermeiden und Verkehrswege
112 optimal zu nutzen
- 113 • Moderne Formen des Teilens, von der klassischen Personenmitnahme
114 (Stichwort Uber) über die Nutzung eines Fahrzeugpools, um Ressourcen
115 optimal auszunutzen
- 116 • Neue Arbeitsformen (Home Office) können Pendlerströme reduzieren.
117 Deshalb hilft der Ausbau der digitalen Infrastruktur bei der effizienten
118 Nutzung der Verkehrswege.

119 Um diese Konzepte voran zu treiben, müssen wir die Forschung fördern und
120 offen für neue Entwicklungen sein. Zugleich bietet die Digitalisierung die Chance,
121 dass die Arbeit zu den Menschen kommt und Pendelstrecken reduziert.
122 Infrastrukturmaßnahmen im ländlichen Raum bekommen zudem eine wichtige
123 Bedeutung für die Mobilität der Zukunft. Nicht zuletzt möchten wir durch diese
124 intelligenten Systeme Umwege vermeiden, Staus und innerstädtische
125 Parkplatzsuche reduzieren und den Verkehrsfluss optimieren.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Landesparteitag der FDP Hessen am 6. April 2019 in Wetzlar

Seite 17

Antrag 005

Betr.: Neufestlegung der Grenzen der FDP Bezirksverbände

Antragsteller: FDP Kreisverband Marburg-Biedenkopf

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Nach § 20 Abs. 1 der Landessatzung der FDP Hessen werden die Grenzen der
- 2 FDP Bezirksverbände neu festgelegt. Der FDP Kreisverband
- 3 Marburg-Biedenkopf, mit seinen Untergliederungen, wird dem FDP
- 4 Bezirksverband Nord-Ost-Hessen zugeordnet. Im Übrigen bleibt die vorherige
- 5 Zuordnung der Kreisverbände, in die entsprechenden Bezirksverbände,
- 6 bestehen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Landesparteitag der FDP Hessen am 6. April 2019 in Wetzlar

Seite 18

Antrag 006

**Betr.: Nicht mähen, machen – Nord- und Osthessen als
innovativste Region Hessens**

Antragsteller: FDP Bezirksverband Nord-/Osthessen

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Freie Demokraten proklamieren nicht - wie andere Parteien - die Nord- oder
2 Osthessenpartei zu sein. Stattdessen wollen wir den Bürgerinnen und Bürgern
3 im Norden und Osten unseres Bundeslandes ein inhaltliches Angebot für
4 bessere Politik machen. Deshalb beteiligen wir – wie keine andere Partei – die
5 Bürgerinnen und Bürger, die Unternehmen der Region, die Vereine, die
6 Gewerkschaften und viele mehr an unserer Programmgestaltung.

7 Wir wollen aus Nord- und Osthessen die innovativste Region Hessens machen.
8 Die Entwicklung der letzten Jahre zeigt, wie sich unsere Region zu einer
9 Boom-Region innerhalb Hessens entwickelt hat. Aber gerade, weil dies nicht in
10 allen Kreisen unserer Region so ist, müssen wir weiterarbeiten und neue Ideen
11 entwickeln.

12 **Schlaue Region – Zukunftschancen durch beste** 13 **Bildung eröffnen**

14 *Relevante andere Kapitel: Innovation, Inklusion, Wirtschaft*

15 Neben dem **Ausbau des Ganztagsschulangebotes** im Bereich der
16 Grundschulen stehen wir Freien Demokraten in Nord- und Osthessen für ein
17 entsprechendes Ganztagsangebot auch an den weiterführenden Schulen. Alle
18 Schulen im Bereich der Sekundarstufe sollen qualifizierte Ganztagsangebote
19 haben. Dies ist zusammen mit der Schulsozialarbeit eine wesentliche Säule für
20 verlässliche Betreuung und zusätzliche Förderangebote. Hieraus ergibt sich mehr
21 individuelle Förderung und mehr Chancengerechtigkeit für die einzelnen Schüler.

22 Auch in Zukunft muss kontinuierlich in unsere Schulen investiert und ein **hohes**
23 **Ausstattungsniveau** eingefordert werden. Wir kämpfen dafür, dass unsere
24 Kinder möglichst alle **schulischen Abschlüsse so wohnortnah wie möglicherlangen**
25 können. Gleichzeitig muss die Qualität der Bildung immer zentraler
26 Fokus guter Bildungspolitik sein.

27 Gerade Angebote der Digitalisierung können im ländlichen Raum zu einer
28 Stärkung der Bildungsangebote führen. Wir bedauern, dass sich beim Digitalpakt
29 der großen Koalition nur Stillstand ergeben hat und auch die Landesregierung
30 dieses Vakuum nicht gefüllt hat. Wenn Digitalzentren für Schulen eingeführt

Landesparteitag der FDP Hessen am 6. April 2019 in Wetzlar

Seite 19

31 werden, sprechen wir uns dafür aus, dass **eines der hessischen Digitalzentren**
32 **in unserer Region** entsteht, da hier die besondere Expertise für den ländlichen
33 Raum entstehen kann.

34 Die Jugendförderung betrachten wir als eine besonders wichtige Aufgabe. Dazu
35 gehört auch, dass wir **Angebote für politische Teilhabe fördern** wollen. Wir
36 werden die Zusammenarbeit mit den Kreisschülerräten verstärken und vor Ort
37 ausbauen. Die Kommunen wollen wir motivieren Generationenprojekte ins Leben
38 zu rufen, damit Jung und Alt von gegenseitigen Interessen und Erfahrungen
39 profitieren können. Ebenso fördern wir die engagierte Jugendarbeit in den
40 unterschiedlichen Vereinen sowie die Freizeitangebote. Wir wollen **regionale**
41 **Internet-Plattformen als „Bildungsnetze“** errichten, die die Aus- und
42 Weiterbildungsangebote, Praktikumsangebote, die Angebote der
43 Volkshochschule, der Musikschule, unserer Hochschulen, die Angebote von
44 Vereinen und Verbänden etc. aufzeigen. Hierbei sollen bestehende Netze, z.B.
45 der Kammern, genutzt und Doppelstrukturen vermieden werden.

46 Wir verstehen Lernen als lebenslangen Prozess und wollen durch ein **umfangreiches und**
47 **qualifiziertes Angebot der Volkshochschulen** eine
48 qualitativ hochwertige Erwachsenenbildung dauerhaft sichern.

49 **Kernforderungen:**

- 50 • Wahlfreiheit bei den Bildungswegen und starke Ganztagsangebote
- 51 • Alle Bildungsgänge müssen auch den Schülerinnen und Schülern in
52 ländlichen Regionen wohnortnah zugänglich sein
- 53 • Lernen ist ein lebenslanger Prozess, daher muss auch die
54 Erwachsenenbildung für jeden Menschen breite Angebote bieten
- 55 • Aufbau von regionalen Bildungsplattformen zur besseren Transparenz der
56 Angebote im Bereich Aus- und Weiterbildung
- 57 • Ansiedlung eines schulischen Digitalzentrums in unserer Region

58 **Einfache Region – Freiräume geben, Bürokratie** 59 **abbauen und Bürgerrechte sichern**

60 *Relevante andere Kapitel: Verkehr, Wirtschaft*

61 Wir wollen **für Freiheit und Bürgerrechte** eintreten. Mehr Bürger, weniger
62 Staat, dieser Grundsatz gilt auch als Maxime der Freien Demokraten in Nord-
63 und Osthessen. Der Schutz des Bürgers ist Pflicht des Staates. Zurzeit sieht
64 dieser allerdings seine Hauptaufgabe darin, Bürger zu kontrollieren, zu
65 überwachen und zu überprüfen. Um dieses Übermaß zu stoppen, braucht es
66 Liberale. Wir fordern, die Kontrollen des Bürgers auf ein vernünftiges Maß
67 zurückzufahren.

Landesparteitag der FDP Hessen am 6. April 2019 in Wetzlar

Seite 20

68 Wir **lehnen Blitzermarathons ab**, wenn gleichzeitig an anderen Stellen die
69 Polizei so unterbesetzt ist, dass sie die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger
70 nicht in den Fokus stellen kann. Statt der unnötigen Verlagerung knapper
71 Polizeiresourcen zur Geschwindigkeitsüberwachung fordern wir, die **Polizei dort**
72 **einzusetzen, wo sie benötigt wird**. Wir lehnen die Schaffung immer neuer
73 Gesetze zur Überwachung der Bürgerinnen und Bürger unter dem Deckmantel
74 von Sicherheitsgewinnung ab. Die bestehenden Gesetze geben den
75 Sicherheitsbehörden bereits weitreichende Möglichkeiten, die bisher jedoch nicht
76 in ausreichendem Maße angewendet wurden. Im Zweifel gilt: Lieber ein Gesetz
77 weniger und gesunder Menschenverstand am Werk, als ein Gesetz mehr.

78 Auch in Nord- und Osthessen befindet man sich in einem schleichenden Prozess
79 den Bürger immer mehr zu kontrollieren. Auch damit wird ein wesentliches
80 Bürgerrecht einschränkt. Dagegen wollen wir uns stark machen.

81 Viele Gesetze, Verordnungen, Vorschriften gehen am Bürger vorbei bzw. bringen
82 ihn in eine Lage, dass er sich nur schwer Gesetzeskonform verhalten kann.

83 Wir setzen uns für die **Reduzierung von Bürokratie** ein. Immer neue
84 Dokumentationspflichten helfen niemanden und sind deshalb kritisch zu
85 hinterfragen. Wenn z.B. eine Krankenpflegerin ein Drittel ihrer Zeit damit
86 verbringt, die eigene Arbeit zu dokumentieren, weil der Staat erstmal nicht
87 glaubt, dass sie sie ordentlich macht oder Selbstständige in Formularen ertrinken,
88 wird dem Land reale Kraft genommen. Wir wollen, dass Menschen ihre Zeit
89 dafür einsetzen können, ihrer Berufung nachzugehen und nicht mit unnötiger
90 Bürokratie belästigt werden.

91 **Kernforderungen:**

- 92 • Weniger Kontrollen des Normalbürgers
- 93 • Sicherheitspersonal zielgerichtet einsetzen
- 94 • Bürokratie reduzieren und Dokumentationswahn stoppen
- 95 • Weniger Fremdbestimmung durch den Staat

96 **Handelsreiche Region – Gestaltungsspielraum** 97 **eröffnen, Einzelhandel stärken**

98 *Relevante andere Kapitel: Wirtschaft, Innovation, Infrastruktur*

99 Für uns kommt der **Stärkung des lokalen Einzelhandels** eine zentrale
100 Bedeutung zu. Während vor einigen Jahren noch vor allem eine
101 Wettbewerbssituation mit dem Einzelhandel auf der sogenannten grünen Wiese
102 bestand, ist heute die Digitalisierung eine der größten Herausforderungen für den
103 lokalen Einzelhandel. Freie Demokraten im Norden und Osten Hessens fordern
104 eine Stärkung der Zentren.

Landesparteitag der FDP Hessen am 6. April 2019 in Wetzlar

Seite 21

105 Zur Wettbewerbsfähigkeit mit dem Online-Handel gehört auch eine faire
106 Rahmensetzung: Kein Online-Händler muss am Sonntag seine Geschäfte
107 schließen. Deshalb fordern wir, zumindest den **Anlassbezug für die**
108 **verkaufsoffenen Sonntage zu streichen.**

109 Wir wollen die **Ortszentren stärken.** Deshalb fordern wir, dass außerhalb der
110 integrierten Einzelhandelsstandorte ohne ein entsprechendes
111 Einzelhandelskonzept der Kommune keine weitere Ausweisung von
112 Einzelhandelsflächen im Landesentwicklungsplan stattfinden soll. Darüber hinaus
113 sollte es keine Abweichungen vom Regionalplan ohne zwei unabhängige
114 Gutachten zur Auswirkung auf den bestehenden Einzelhandel geben. Weiterhin
115 sprechen wir uns für ein Satzungsrecht der Kommunen zur Eingrenzungen von
116 Sortimenten und eine Vereinfachung des Marktrechts zur Stärkung der
117 Nahversorgung im ländlichen Raum aus.

118 Speziell im Einzelhandel und in Innenstadtlagen sollen **Existenzgründungen im**
119 **Einzelhandel gefördert** werden. Deshalb fordern wir ein entsprechendes
120 Programm sowie die Verdopplung der Landesmittel für das Programm „Ab in die
121 Mitte“ und die Weiterführung des Förderprogramms „Aktive Kernbereiche“.

122 Wir bekennen uns zur Urbanität der Innenstädte und der Nahversorgung im
123 ländlichen Raum, ohne sich den Entwicklungen im Einzelhandel in den Weg zu
124 stellen.

125 **Kernforderungen:**

- 126 • Flexibilisierung der Sonntagsöffnungen, vor allem aber die Schaffung von
- 127 Rechtssicherheit hierbei
- 128 • Stärkung der Ortskerne
- 129 • Mehr Rechte für die Kommunen bei der Ausgestaltung von Anforderungen
- 130 • Unterstützung für Existenzgründer im Einzelhandel
- 131 • Vereinfachung des Marktrechts

132 **Integrative Region – Inklusion mit Augenmaß** 133 **angehen und bestmöglich fördern**

134 *Relevante andere Kapitel: Bildung*

135 In Nord- und Osthessen soll jedes Kind individuell so gut wie möglich gefördert
136 werden. Dazu gehört es beim Thema Inklusion mit Augenmaß vorzugehen: Für
137 manche Schüler ist eine individuelle Förderung besser in der Förderschule
138 möglich, für andere besser in einer Regelschule. Deshalb bekennen wir uns zum **Erhalt der**
139 **Förderschulen in der Region,** unterstützen aber ebenso
140 Regelschulen auf dem Weg zur **inklusiven Beschulung.** Als Beratungs- und
141 Förderzentren kommt den Förderschulen eine zentrale Bedeutung zu. Zugleich
142 stellen Förderschulen den Schülerinnen und Schülern, die durch in der

Landesparteitag der FDP Hessen am 6. April 2019 in Wetzlar

Seite 22

143 Förderschule besser gefördert werden können, eine individuelle bestmögliche
144 Förderung zur Verfügung. Die **Durchlässigkeit zwischen Förderschulen und**
145 **Regelschulen** ist zentral, um eine möglichst gute individuelle Förderung zu
146 ermöglichen. Für uns wichtig ist ebenfalls die **Öffnung der Förderschulen für**
147 **Schülerinnen und Schüler ohne sonderpädagogischen Förderbedarf**. Alle
148 Schulen sollten im Sinne der individuellen Förderung auch in die Schullandschaft
149 ihrer Umgebung eingebettet und eingebunden sein.

150 Mit uns Freien Demokraten wird es keine weitere Schwächung von
151 Förderschulen und keine aufgezwungene Inklusion geben, aber wir wollen Schritt
152 für Schritt den Weg zu individuellem Erfolg auch für besonders zu fördernde
153 Schüler öffnen – sowohl in Regel- als auch in Förderschulen. Um erfolgreiche
154 Inklusion zukünftig vermehrt auch in Regelschulen zu leben, bedarf es zunächst
155 einmal enormer Anstrengungen im Bereich der **Ausbildung von**
156 **sonderpädagogischen Fachkräften**. Auch Inklusion mit Augenmaß gibt es nicht
157 zum Nulltarif, dem werden wir uns stellen.

158 **Kernforderungen:**

- 159 • Individuelle Förderung aller Schüler mit Förderbedarf
- 160 • Stärkung aller Schulformen zur Förderung
- 161 • Erhalt und Stärkung von Förderschulen
- 162 • Vernetzung der Schulen in der Region
- 163 • Erhöhte Durchlässigkeit zwischen Regel- und Förderschulen

164 **Vernetzte Region – Investitionsschub in Infrastruktur** 165 **geben**

166 *Relevante andere Kapitel: Wirtschaft, Tourismus, Innovationen, Mobilität*

167 Wir Freie Demokraten setzen uns für den **Erhalt bestehender und den Ausbau**
168 **neuer Infrastruktur** ein. Denn eine leistungsfähige Infrastruktur ist die
169 Grundvoraussetzung für wirtschaftliches Wachstum und Wohlstand einer Region.
170 Dies gilt besonders für Nord- und Osthessen. Unsere Region hat mit ihrer
171 zentralen Lage in der Mitte Deutschlands und im Herzen Europas einen
172 natürlichen Standortvorteil. So können Nord- und Osthessen mit der besten
173 „Cut-Off-Zeit“ Deutschlands, also den spätesten Annahmezeitpunkt für
174 Sendungen mit der Zusicherung, dass diese am nächsten Tag an jedem Ort in
175 ganz Deutschland pünktlich beim Adressaten sind, als Alleinstellungsmerkmal
176 aufwarten. Diese guten Ausgangsbedingungen wollen wir erhalten und weiter
177 ausbauen.

178 Neben einer **deutlichen Erhöhung der Investitionen in den Erhalt der**
179 **Landesstraßen** fordern wir die **zügige Fertigstellung der Autobahnen A44**
180 **und A49**. In diesem Zusammenhang ist ein beschleunigter **Neubau der**
181 **Bergshäuser Brücke** dringend erforderlich. Wir setzen uns für den

Landesparteitag der FDP Hessen am 6. April 2019 in Wetzlar

Seite 23

182 Lückenschluss der A4 oder zumindest eine kreuzungsfreie Fernstraße zwischen
183 Olpe und Hattenbach ein. Des Weiteren ist die Zahl von Parkmöglichkeiten für
184 LKW an Autobahnen deutlich zu erhöhen. Soweit diese künftig von der DEGES
185 geplant und die Aufträge vergeben werden, wird das Regierungspräsidium
186 beauftragt gemeinsam mit Hessen Mobil mit der DEGES
187 Beschleunigungsgespräche zu führen. Auf hessischer Seite ist eine Task Force
188 zu bilden, die die DEGES unterstützt, zumal das Regierungspräsidium nach wie
189 vor Anhörungsbehörde für die Verfahren sein wird. Darüber hinaus ist durch sie
190 sicherzustellen, dass der Verantwortungsübergang auf die neue
191 Bundesinfrastrukturgesellschaft nicht zu Verzögerungen führt.

192 Zur Entlastung des Oberzentrums Kassel vom Durchfahrtsverkehr setzen wir uns
193 für den **Bau einer Nordtangente als Verbindung von den Autobahnen A7**
194 **und A 44 nördlich von Kassel** ein. Damit würde auch die **Anbindung des**
195 **Kassel Airport**, dessen Entwicklung wir weiterhin positiv und konstruktiv
196 begleiten werden, an das Fernstraßennetz verbessert. Der Flughafen stellt für
197 uns einen wichtigen Baustein für ein in sich schlüssiges Infrastrukturkonzept für
198 unsere Region dar. Hier ist auch eine bessere Anbindung durch den Öffentlichen
199 Personennahverkehr, beispielsweise mittels RegioTram, zu prüfen. Daneben
200 genießt der Ausbau der **Bahnstrecke zwischen Fulda und Frankfurt** für uns
201 Priorität.

202 Neben der klassischen anlagen Infrastruktur ist die digitale Infrastruktur
203 mittlerweile genauso wichtig. Diese ist für die Zukunftsfähigkeit gerade der
204 ländlichen Räume in unserer Region entscheidend. Deshalb fordern wir den
205 **flächendeckenden Ausbau moderner Glasfasertechnologie** sowie
206 leistungsstarker Mobilfunknetze neuesten Standards. Gerade bei den Themen
207 Digitalisierung und Vernetzung kann unsere Region eine Vorreiterrolle
208 einnehmen. So könnten beispielsweise Einsparpotentiale im
209 schienenengebundenen Personenverkehr durch autonomes Fahren erzielt werden.
210 Aber auch autonomes Fahren auf der Straße bietet Potential für unsere Region
211 und darf nicht nur Ballungsräumen vorbehalten sein.

212 Bei all diesen Punkten ist es insbesondere wichtig, dass diese Forderungen
213 künftig klar und mit Nachdruck in Wiesbaden und Berlin vorgetragen werden,
214 damit diese bei allen künftigen Planungen berücksichtigt werden und unsere
215 Region nicht den Anschluss verliert.

216 **Kernforderungen:**

- 217 • Flächendeckender Ausbau von Glasfaserinfrastruktur
- 218 • Lückenschluss bei A 44 und A 49
- 219 • Nordtangente bei Kassel
- 220 • Bessere Anbindung Airport Kassel
- 221 • Neue Konzepte beim ÖPNV

Landesparteitag der FDP Hessen am 6. April 2019 in Wetzlar

Seite 24

222 **Mobile Region – Wege eröffnen, Mobilitätsträger** 223 **vernetzen**

224 *Relevante andere Kapitel: Infrastruktur, Wirtschaft, Tourismus, Innovationen*

225 Als Freie Demokraten setzen wir uns für ein **gleichberechtigtes Miteinander**
226 **aller Verkehrsteilnehmer** ein. Nordhessen ist ländlich strukturiert mit
227 prosperierenden Ober- und Mittelzentren. In dieser Region wird das Auto auch in
228 Zukunft das wichtigste Verkehrsmittel sein. Trotz einer positiven Entwicklung des
229 schienengebundenen Nahverkehrs (z.B. der RegioTram) **bleibt das Auto im**
230 **ländlichen Raum essentiell** für die Fahrt zum Arbeitsplatz und zur
231 Freizeitgestaltung.

232 Daneben muss jedoch auch **ein funktionierender Öffentlicher**
233 **Personennahverkehr** gewährleistet werden. Eine Alternative zum
234 kostenintensiven Verkehr nach Fahrplan ist ein **nachfrageorientierter Verkehr**,
235 welcher auch durch Taxis von Tür zu Tür gewährleistet werden kann. Ebenfalls
236 von großer Bedeutung für Nord- und Osthessen ist der Fernverkehr auf der
237 Schiene, da unsere Region im Bereich der sogenannten
238 Mitte-Deutschland-Verbindung der Bahn liegt, aber auch mittels Fernbussen.
239 Auch hier setzen wir uns für ein verbessertes Angebot ein.

240 Bereits heute lässt sich ermitteln, welche Verkehrsmengen nach Fertigstellung
241 der wichtigsten in Planung bzw. im Bau befindlichen Maßnahmen die Straßen
242 bewältigen können. Darauf aufbauend ist unter Berücksichtigung der
243 Planungswünsche in den Städten und Landkreisen eine **Prognoseabschätzung**
244 **für die zukünftige Entwicklung in Nord und Osthessen** erforderlich, aus der
245 sich eine **Bedarfsplanung** ergibt. Es darf sich nicht wiederholen, dass nicht
246 rechtzeitig vor der Erarbeitung des Bundesverkehrswegeplanes Projekte wie z.B.
247 Nordumgehung Kassel nicht zur Entscheidungsfindung gebracht werden. Bei
248 diesem konkreten Projekt muss rechtzeitig eine Abstimmung zwischen der Stadt
249 Kassel und den umliegenden Gemeinden erfolgen, ob und wenn ja welche
250 Maßnahmen gewünscht werden. Erst danach kann eine Aussage getroffen
251 werden, ob es sich um eine Maßnahme handelt, die in die Zuständigkeit des
252 Bundes oder des Landes fällt.

253 Insgesamt ist **eine für Nord – und Osthessen integrierte**
254 **Verkehrszukunftsplanung** notwendig, denn Nordhessen muss seine Bedeutung
255 als Mobilitätszentrum Deutschlands erhalten. Die Digitalisierung der Mobilität führt
256 dazu, dass Verkehrsinfrastruktur mit einer Kommunikationsinfrastruktur
257 ausgebaut werden muss, so dass Informationen zwischen Fahrzeugen und
258 Straßen mit hoher Zuverlässigkeit und Geschwindigkeit übertragen werden
259 können. Weder der Bundesverkehrswegeplan noch Entwicklungspläne der
260 Länder und der Kommunen thematisieren automatisiertes oder fahrerloses
261 Fahren. Digitale Mobilität gehört auch in den ländlichen Raum. . Deswegen

Landesparteitag der FDP Hessen am 6. April 2019 in Wetzlar

Seite 25

262 fordern wir, dass wir Modellregion für autonomes und digitalisiertes Fahren
263 werden.

264 **Kernforderungen:**

- 265 • Bedeutung des Automobils im ländlichen Raum anerkennen
- 266 • Integrierte Verkehrsbedarfsplanung in Zukunft
- 267 • Nachfrageorientierte Verkehrskonzepte im ländlichen Raum
- 268 • Gute Anbindung an das Fernverkehrsnetz in Bus und Bahn
- 269 • Ausbau von Verkehrs- und Mobilitätsinfrastruktur

270 **Innovative Region Hessen – Innovationsoffenheit** 271 **leben**

272 *Relevante andere Kapitel: Infrastruktur, Wirtschaft, Bildung*

273 Wir wollen Nord- und Osthessen zur innovativsten Region Hessens machen.

274 Konkret fordern wir angesiedelt beim Regionalmanagement **eine Anlaufstelle**,
275 die **für** alle Anfragen der **Innovationsförderung** eng verzahnt mit den
276 **Wirtschaftsförderungen** der Kreise über einen einzigen Anruf und eine
277 Internetpräsenz alle Kontakte ermöglicht. Diese Anlaufstelle soll gemeinsam mit
278 den hervorragenden Wissenschaftstransferorganisationen der Hochschulen, wie
279 unik, den Hochschulen selbst, wie der Universität Kassel, der TH Mittelhessen
280 oder der HS Fulda und den Forschungseinrichtungen bis hin zum
281 Max-Planck-Institut die bestmögliche Verzahnung auch zwischen Gesellschaft,
282 Wissenschaft und Wirtschaft ermöglichen. Diese Verzahnung sollte auch die
283 beruflichen Schulzentren der Region einschließen. Die Sicherung von
284 Fachklassen ist hier ebenso wie eine enge Verzahnung mit der Region und hohe
285 Freiheitsgrade für die beruflichen Schulen zentral. Daneben fordern wir **den**
286 **Ausbau der Medizinangebote an der Universität Kassel zu einer vollwertigen**
287 **medizinischen Fakultät.**

288 Mobilitätswirtschaft und Logistik stärken Nord- und Osthessen. Deshalb fordern
289 wir die **Stärkung der Außenstelle des House of Logistics and Mobility (HoLM)**
290 an der Schnittstelle zwischen A4 und A7.

291 Zu einem modernen Innovationsumfeld gehört auch Infrastruktur: Deshalb fordern
292 wir mindestens für alle Kreisstädte in Nord- und Osthessen den Ausbau eines
293 Glasfasernetzes und sehen dies als Aufgabe des Staates an.

294 Neben der Schaffung geeigneter Strukturen brauchen wir in unserer Region auch
295 eine neue Innovationskultur: Wer etwas Neues erfindet, sollte in seiner Garage
296 nicht erst von Bürokratie gegängelt werden, sondern seine Kreativität voll
297 entfalten können. Deshalb sprechen wir uns gegen jegliche Denkverbote und
298 ideologische bzw. politische Lenkung bei Innovationen aus. Gründer und
299 Innovatoren sollten deshalb auf Landes- und Bundesebene ein Jahr nach der

Landesparteitag der FDP Hessen am 6. April 2019 in Wetzlar

Seite 26

300 Anmeldung des Schutzes ihres geistigen Eigentums oder der
301 Unternehmensgründung **für ein Innovationsjahr freigestellt werden, von allen**
302 **bürokratischen Belastungen**, um sich auf ihre Innovation zu konzentrieren.

303 Klar ist für uns: Nicht jedes Innovationsprojekt und jede Gründung wird
304 erfolgreich sein, deshalb braucht es eine **Kultur, die auch Scheitern und einen**
305 **weiteren Anlauf** nicht nur **zulässt**, sondern auch begrüßt. Hier wollen wir uns
306 für einen Mentalitätswandel in Nord- und Osthessen stark machen. Hierzu ist es
307 auch notwendig, die Förderstrukturen und –institutionen des Landes Hessen in
308 ihren verkrusteten Strukturen aufzubrechen.

309 Um Gründungen zu unterstützen, brauchen wir auch **vor Ort Netzwerke im**
310 **Kleinen**, sei es die Medizin in Bad Wildungen, die regenerativen Energien in
311 Kassel oder die Logistik in Bad Hersfeld.

312 Wir fordern eine **Rückholkampagne für ehemalige Abiturienten der Region**,
313 um diese jungen Menschen und ihr Know-How nach ihrem Studium wieder zu
314 holen.

315 Und zuletzt muss sich auch Politik innovationsfreudig zeigen und für ihre eigenes
316 Handeln neue Wege mit digitalen Medien gehen, um neben der Sitzung am
317 Mittwochabend noch andere Beteiligungsformen zu ermöglichen.

318 **Kernforderungen:**

- 319 • Innovation Office für alle Fragen
- 320 • Stärkung der Verzahnung mit Hochschulen, Forschungseinrichtungen und
321 beruflichen Schulen
- 322 • Glasfasernetze in allen Kreisstädten
- 323 • Bürokratiefreies Jahr für Gründer und Innovatoren und kleine
324 Innovationsnetzwerke vor Ort
- 325 • Rückholprogramm für Studierende, die ursprünglich aus der Region stammen

326 **Waidmännische Region – Natur vernünftig** 327 **entwickeln**

328 *Relevante andere Kapitel: Wirtschaft, Tourismus, Bildung, Land- und*
329 *Forstwirtschaft*

330 Die Jagd ist nicht nur die älteste Form der Lebensmittelgewinnung, sondern
331 spielt auch im ländlich geprägten Nord- und Osthessen eine wichtige Rolle. Die
332 Jäger übernehmen bei der Jagdausübung dabei mehrere relevante Funktionen
333 deren Bedeutung wir Freie Demokraten unterstützen.

334 Wild ist Nahrungs- und Genussmittel, das lokal gewonnen und verbraucht wird.
335 Kein Fleisch ist nachhaltiger und „mehr bio“, da nur so viel abgeschöpft wird, wie
336 nachwächst und Wildtiere bis zum Tod ohne Stress leben. Wild ist aus der

Landesparteitag der FDP Hessen am 6. April 2019 in Wetzlar

Seite 27

337 hessischen Küche nicht wegzudenken und bereichert die Speisekarten der
338 regionalen Gastronomie. Damit dies so bleiben kann, dürfen die **hygienerechtlichen**
339 **Auflagen nicht verschärft** werden und die **amtstierärztlichen Kosten nicht steigen**,
340 denn so wurde bereits die traditionelle
341 Hausschlachtung erschwert.

342 **Jäger übernehmen zahlreiche Arten- und Naturschutz- sowie**
343 **Naturbildungsaufgaben.** Regional gilt es, diese Aufgaben zu unterstützen, z.B.
344 in dem mit Blick auf die Wiederansiedlung der Wölfe Kompetenzen gebündelt
345 werden.

346 Probleme mit dem Waschbär und mit Wildschweinen sind in unserer Region
347 häufig. Jäger übernehmen die wichtige Funktion des Reduzierung und
348 Regulierung von Wildtieren (neben den genannten viele mehr) und setzen dafür
349 privates Geld und Zeit ein. Hierbei hat es hohe Priorität, dass die Untere
350 Naturschutzbehörde und die Untere Jagdbehörde unkompliziert und schnell
351 **Ausnahmegenehmigungen für den Abschuss einzelner Arten** ausstellen.

352 Jäger setzen sich für den Schutz unserer Autofahrer ein. Gerade unsere kleinen,
353 kurvigen, baumreichen Straßen sind oft wildunfallträchtig. Wildwarnreflektoren
354 und Unfallhilfe sowie die Erlösung von Wildtieren nach einem Unfall sind
355 freiwillige Leistungen der Jäger, von der unsere Region und die Menschen
356 profitierten. Dies gilt auch für die Entsorgung von Fallwild, das die Jäger
357 übernehmen.

358 Die Verpachtung von Grund und Boden bringt Geld in die Kassen von
359 Jagdgenossenschaften und Bodeneigentümern, das direkt wieder in die Region
360 investiert wird – für Naturschutzmaßnahmen, für Wegebau oder auch als
361 Spende für lokale Initiativen.

362 **Kernforderungen:**

- 363 • Verkehrsschutzmaßnahmen der Jäger unterstützen
- 364 • Naturbildung durch die Jäger fördern
- 365 • Kompetenzzentren für den Wolf frühzeitig aufbauen
- 366 • Regulierung der Prädatoren durch Behörden zulassen
- 367 • Schnelle und bürokratiearme Verwaltung in den Behörden

368 **Planbare Region – Zukunft für den Kalibergbau** 369 **eröffnen, Planungssicherheit schaffen**

370 *Relevante andere Kapitel: Wirtschaft*

371 Durch die Entscheidung Ende Dezember 2016 des hessischen
372 Umweltministeriums, die Versenkerlaubnis über jährlich 1,5 Millionen Kubikmeter
373 Salzabwässer bis zum 31. Dezember 2021 letztmalig zu verlängern, konnte

Landesparteitag der FDP Hessen am 6. April 2019 in Wetzlar

Seite 28

374 vorerst ein massiver Stellenabbau in den Betriebsstätten des k+s-Konzerns im
375 osthessischen Bereich vermieden werden.

376 Der Düngemittel- und Salzproduzent k+s als größter Arbeitgeber in der
377 strukturschwachen osthessischen Region um Philippsthal hatte bereits in
378 Vergangenheit, aber auch gegenwärtig, enorme Investitionen in die Reduzierung
379 der Salzabwässer vorgenommen. Trotz dieser Anstrengungen muss auf Grund
380 der befristeten Versenkerlaubnis auch über das Jahr 2021 hinaus gewährleistet
381 sein, die Produktion im wirtschaftlich vertretbaren Rahmen sicherzustellen und
382 die Arbeitsplätze dauerhaft zu sichern.

383 Deshalb ist es dringend geboten, **dauerhafte Alternativen für die Entsorgung**
384 **der Salzabwässer** – insbesondere auch der Haldenabwässer nach
385 Produktionsende -zu entwickeln. Eine dieser Alternativen ist dabei die
386 Oberweserpipeline. Bei Umsetzung dieser Alternative ist selbstverständlich
387 seitens k+s zu gewährleisten, dass die geltenden Umweltschutzbelange
388 insbesondere im Hinblick auf die Wasserqualität der Weser zu berücksichtigen
389 sind.

390 **Kernforderungen:**

- 391 • Entlastung des oberen Werratal
- 392 • Aufrechterhaltung der Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens
- 393 • Sicherung des Wirtschaftsstandorts Kalireviere
- 394 • Festlegung dauerhaft gültiger Grenzen
- 395 • Ausgleich für eventuell negativ betroffene Regionen

396 **Bewirtschaftete Region – Land- und Forstgebiete** 397 **vernünftig gestalten**

398 *Relevante andere Kapitel: Tourismus, Wirtschaft, Jagd*

399 Unsere heimischen land- und forstwirtschaftlichen Betriebe sind nicht nur starke,
400 verwurzelte Auftrags- und Arbeitgeber und sorgen für die Ernährung, sondern
401 haben in jahrhundertelanger Arbeit unsere schöne Kulturlandschaft geprägt. Dies
402 wissen wir Freie Demokraten zu würdigen und **bekennen uns zu unseren**
403 **Landwirten**. Identitätsstiftende nord-osthessische Nahrungsmittel wie die Ahle
404 Worscht oder die Kassler Grüner Soße sind weiterverarbeitete, landwirtschaftlich
405 erzeugte Produkte. Damit einhergehend bekennen wir uns zu den zahlreichen
406 Weiterverarbeitungsunternehmen in unserem Bezirk, unabhängig ob kleine
407 regionale Handwerksbetriebe, genossenschaftlich geführte Molkereien oder große
408 Firmen (beispielsweise die Zuckerfabrik in Wabern, Hengstenberg in Fritzlar oder
409 diverse Fleischverarbeitungsfirmen). Der stetige Austausch zwischen Erzeugern,
410 Verarbeitern und Endverbrauchern dient allen drei Personengruppen.

Landesparteitag der FDP Hessen am 6. April 2019 in Wetzlar

Seite 29

411 Die Landwirtschaft unterzieht sich seit Jahrzehnten einem stetigen
412 Strukturwandel, den wir unterstützen. Eine ausreichende soziale Sicherung
413 unserer Landwirte ist dabei ebenso notwendig wie eine **umfassende**
414 **Entscheidungsfreiheit der landwirtschaftlichen Unternehmer** bezüglich ihrer
415 Betriebsausrichtung. Wir bekennen uns zu dem verantwortungsbewussten, gut
416 ausgebildeten Landwirt, der selbst am besten weiß, welche Maßnahmen für den
417 Erhalt und Ausbau seines Betriebes zu vollziehen sind. Deshalb wollen wir die
418 **Berufsschule im Berufsfeld Agrarwirtschaft** in Fritzlar sowie den
419 **agrarwissenschaftlichen Fachbereich der UNI Kassel in Witzenhausen**
420 **fördern**. Ideologische Einflussnahme in ein Jahrhunderte lang funktionierendes
421 Gleichgewicht zwischen Ökologie und Ökonomie lehnen wir ab.

422 Ein respektvoller und **gleichberechtigter Umgang des Wirtschaftszweiges**
423 **Tourismus mit dem Wirtschaftszweig Land- und Forstwirtschaft** ist
424 unumgänglich für die Schaffung möglicher Synergieeffekte und das Wachstum
425 beider Sparten.

426 Im Rahmen volkswirtschaftlicher Sinnhaftigkeit begrüßen wir die Spezialisierung
427 einiger Landwirte hin zum Energiewirt.

428 **Kernforderungen:**

- 429 • Anerkennung und Wertschätzung von landwirtschaftlicher Arbeit als
- 430 Landschaftspflegemaßnahme
- 431 • Schutz des Eigentums und der Flächen vor staatlichen Eingriffen
- 432 • Stopp von ideologie-geprägter Land- und Forstwirtschaftspolitik
- 433 • Land- und Forstwirtschaft im Einklang mit anderen Wirtschaftszweigen und
- 434 wirtschaftlicher Prinzipien
- 435 • Bekenntnis zum landwirtschaftlichen Strukturwandel

436 **Energiereiche Region – neue Stromtrassen** 437 **vernünftig gestalten**

438 *Relevante andere Kapitel: Tourismus, Land- und Forstwirtschaft, Wirtschaft*

439 Nach dem Atomausstieg kommt der Sonnen- und Windenergie eine immer
440 höhere Bedeutung in der Energiewende zu. Insbesondere der verstärkte Ausbau
441 der Windkraftanlagen im Norden führt dazu, dass der erzeugte Strom von dort
442 in die Industriezentren im Süden Deutschlands transportiert werden muss.
443 Insbesondere Speichertechnologien sind hierbei ebenfalls zu entwickeln.

444 Um diesen Transport gewährleisten zu können, bedarf es neuer Stromtrassen.
445 Hessen ist auf Grund seiner geografischen Lage inmitten Deutschlands
446 möglicherweise von einer Trassenführung betroffen. Allerdings kann durch die
447 **Entscheidung zu Gunsten einer Erdverkabelung** mit einer höheren Akzeptanz
448 in der Bevölkerung gerechnet werden. Negative Betroffene sind auch hier zu

Landesparteitag der FDP Hessen am 6. April 2019 in Wetzlar

Seite 30

449 entschädigen. Auch durch das Abrücken von der ursprünglichen durchgehenden
450 Korridoralternative durch den Werra-Meißner-Kreis, Landkreis Bad
451 Hersfeld-Rotenburg, Landkreis Fulda und dem Main-Kinzig-Kreis dürfte der
452 Widerstand geringer geworden sein. Allerdings besteht nach wie vor die Gefahr,
453 dass bei Umsetzung der weiteren Korridoralternativen immer noch Teile der
454 genannten Landkreise von möglichen Trassenführungen betroffen sein könnten.

455 Gleichzeitig **bekennen wir uns zu den Planungen der 500 KV-Leitung** und
456 fordern die Landesregierung gegen Verhinderungsplanungen anderer
457 Bundesländer vorzugehen.

458 **Kernforderungen:**

- 459 • Prüfung der Notwendigkeit bei Abkehr von der derzeitigen Energiepolitik
- 460 • Vorherige Schaffung von wirtschaftlichen Speicherkapazitäten
- 461 • Verhinderung zusätzlicher Eingriffe in das Landschaftsbild
- 462 • Prüfung und Abwägung möglicher Risiken einer Erdverkabelung
- 463 • Entschädigung der von der Erdkabeltrasse betroffenen Eigentümern

464 **Weltoffene Region – Tourismus stärken**

465 *Relevante andere Kapitel: Wirtschaft, Einzelhandel*

466 Die Tourismuswirtschaft ist wie Handwerk, Industrie, Energiewirtschaft eine Stütze
467 unserer Region. Diese wollen wir weiterentwickeln.

468 Die touristischen Marken Rhön und Grimmheimat Nordhessen mit
469 Willingen-Sauerland, Edersee und Werratal haben sich in den letzten Jahren
470 hervorragend länderübergreifend entwickelt. Wir wollen uns auf dem Erreichten
471 nicht ausruhen, sondern die **Tourismusförderung modernisieren und**
472 **verstärken.**

473 Die wichtigsten drei Säulen des nordosthessischen Tourismus sind **Kultur-**
474 **Natur- und Aktivurlaub.** Die Gästezahlen in unseren Kulturmetropolen Kassel,
475 Bad Hersfeld und Fulda steigen stetig. Auch die kulturellen und sportlichen
476 Events im ländlichen Raum wie beispielsweise das Weltcup-Skispringen in
477 Willingen das Open Flair Festival in Eschwege oder das Burg Herzberg Festival
478 und viele mehr, erfreuen sich großer Beliebtheit. Geschichtsträchtige, kulturelle
479 Orte in der gesamten Region verknüpfen Kultur und Naturerlebnisse. Vom Fern-
480 und Premiumwanderweg über ein gut ausgebautes Radwegenetz bis hin zu den
481 Flüssen und Seen bietet unsere Region allen Gästen Entspannung und
482 Erholung. Die vorhandene Infrastruktur ermöglicht optimale Bedingungen für
483 Sportbegeisterte und Leistungssportler. Die Attraktivität der Region wird
484 beispielsweise durch den Nationalpark Kellerwald-Edersee und zahlreiche
485 Naturparks unterstrichen. Für Freie Demokraten ist deshalb klar, dass der **Edersee als**
486 **Tourismusziel auch bei den Zielen der Wasserbewirtschaftung**
487 **berücksichtigt** werden muss.

Landesparteitag der FDP Hessen am 6. April 2019 in Wetzlar

Seite 31

488 Mehr Effizienz und mehr Zusammenarbeit in der Vermarktung als bisher sind
489 unverzichtbarer Bestandteil des Erfolges. Touristische Attraktivität steigern heißt,
490 Wirtschaft fördern, Arbeitsplätze schaffen und Wertschöpfung erhöhen. Aber
491 touristische Attraktivität heißt auch Premiumprodukte und Vertriebsstrukturen zu
492 kreieren und weiter zu entwickeln. Wir wollen diese positive Entwicklung auf
493 allen Ebenen unterstützen mit dem Ziel, überproportionale Zuwächse bei den
494 Gäste und Übernachtungszahlen zu erreichen.

495 **Kernforderungen:**

- 496 • Vorhandene Tourismus-Potentiale optimal nutzen
- 497 • Mehr potenzielle Gäste aus Deutschland und seinen Nachbarländern auf
498 Nordosthessen, seine touristischen Marken und Highlights aufmerksam
499 machen
- 500 • Regionale und städtische Wirtschaftsförderer stärker auf touristische und
501 gastronomische Projekte ausrichten
- 502 • Vernetzung der touristischen Akteure und eine flächendeckende
503 Qualitätssicherung der touristischen Angebote sicherstellen
- 504 • Kulturellen Highlights besser mit den touristischen Angeboten der Region
505 verknüpfen

506 **Lebenswerte Region – Windkraft vernünftig** 507 **gestalten**

508 *Relevante andere Kapitel: Stromtrassen, Land- & Forstwirtschaft, Tourismus*

509 Energie soll für uns vernünftig, bezahlbar und bürgernah sein. Wir Freie
510 Demokraten wollen die Energiepolitik in Nord- und Osthessen verändern. Statt
511 auf ideologische Vorgaben und den einseitigen Ausbau der Windkraft, setzen wir
512 auf wirtschaftliche Vernunft und Akzeptanz bei den Bürgern. Deshalb fordern wir
513 die **Abschaffung des planwirtschaftlichen EEGs**, weil es seine Ziele erkennbar
514 verfehlt hat.

515 In fast allen Städten und Gemeinden Nordhessens, in denen Windkraftanlagen
516 betrieben werden oder geplant sind, wächst der Widerstand der Bürger, die über
517 große Belastungen klagen. Wir wollen **keine hochsubventionierten**
518 **Windkraftanlagen in unseren Wäldern** errichten, weil die Zerstörung tausender
519 Hektar Wald kein sinnvoller Beitrag zum Klimaschutz sein kann. Im Gegenteil,
520 Wälder sind wertvolle CO₂-Speicher. Die regionale Wirtschaft, insbesondere der
521 Tourismus wird durch den übermäßigen Windkraftausbau schwer geschädigt.

522 Zum Schutz der Anwohner wollen wir deshalb **deutlich größere Abstände**
523 **durchsetzen**, die mindestens der zehnfachen Höhe der Windkraftanlagen
524 entsprechen (**10H**). Die besondere baurechtliche Privilegierung von
525 Windkraftanlagen soll entfallen.

Landesparteitag der FDP Hessen am 6. April 2019 in Wetzlar

Seite 32

526 **Kernforderungen:**

- 527 • Windkraft auf einem Maß, das Vernunft und Akzeptanz findet
- 528 • Abschaffung des EEG
- 529 • Keine Zerstörung von Wald für Windkraft
- 530 • Höhere Abstände von Anlagen
- 531 • Wegfall der Baurechtlichen Privilegierung von Windkraftanlagen

532 **Wirtschaftsstarke Region – Rahmen für die** 533 **Wirtschaft setzen**

534 *Relevante andere Kapitel: Einzelhandel, Infrastruktur, Tourismus, Innovation,*
535 *Windkraft*

536 Die Region Nord-/ Osthessen hat in den letzten Jahren einen bemerkenswerten
537 wirtschaftlichen Aufschwung erlebt. Einer der wichtigsten Grundsteine für diesen
538 Erfolg ist das vor rund 15 Jahren auf Initiative der FDP ins Leben gerufene
539 **Regionalmanagement**. Bedauerlicherweise lässt die aktuelle Landesregierung
540 bisher keine Impulse erkennen, wie unsere Region fit für die Zukunft gemacht
541 werden soll.

542 Als FDP sehen uns sowohl als Anwalt der Bürgerinnen und Bürger, als auch der
543 Firmen, die für wirtschaftliches Wachstum sorgen. Dabei haben wir
544 Handwerksbetriebe genauso im Blick wie mittelständische Unternehmen und
545 Weltmarktführer in Nord- und Osthessen. Mit Blick auf die Demografie muss ein
546 besonderer Schwerpunkt hier auf **Angeboten zur Unterstützung bei der**
547 **Betriebsnachfolge und auch auf der Fachkräftegewinnung** und -sicherung in
548 Nord- und Osthessen liegen. Gerade hier kommt auch den Angeboten der
549 Weiterbildung in der Region besondere Bedeutung zu.

550 Die Digitalisierung bietet nicht nur neue Chancen und Potentiale im
551 wirtschaftlichen Bereich, sondern kann insbesondere zur Entbürokratisierung
552 beitragen. Die FDP will einen Staat, der es einfach macht. Deshalb fordern wir **digitale**
553 **Bürgerämter**, so dass Anträge künftig per Computer gestellt werden
554 können und zeitraubende Behördengänge somit der Vergangenheit angehören.

555 Des Weiteren muss es Menschen geben, die den Mut haben, sich selbstständig
556 zu machen und so dafür sorgen, dass neue Arbeitsplätze entstehen. Die FDP
557 setzt sich deshalb für eine bessere Gründerkultur ein, die zum Gründen von
558 Firmen ermutigt, Gründer von Bürokratie befreit, und bessere
559 Finanzierungsmöglichkeiten schafft. Dazu gehört auch ein Mentalitätswechsel,
560 dass Menschen die dabei scheitern, nicht ein Leben lang mit einem Misserfolg
561 stigmatisiert werden dürfen.

562 Neben produzierendem Gewerbe, Dienstleistungs- und Handelsfirmen kommt vor
563 allem dem Tourismus und der Gesundheitsbranche in unserer Region eine große

Landesparteitag der FDP Hessen am 6. April 2019 in Wetzlar

Seite 33

564 Bedeutung zu. Hier fordert die FDP eine bessere und einheitliche Vermarktung,
565 um die vorhandenen Potentiale besser auszuschöpfen.

566 **Kernforderungen:**

- 567 • Stärkung der Angebote zur Betriebsnachfolge
- 568 • Unterstützung bei der Fachkräftegewinnung und -bindung
- 569 • Digitale Ämter und Betreuung aus einer Hand
- 570 • Bessere Gründerkultur
- 571 • Bessere Tourismusvermarktung

Begründung:

Schon vielfach wurden wortreiche Papiere zu anderen Regionen Hessens im Landesparteitag besprochen und beschlossen. Das vorliegende Papier war die nord- und osthessische Diskussionsgrundlage für die aktuelle Legislaturperiode und sollte in dieser Form auch Teil der Beratungen der Landespartei sein.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Landesparteitag der FDP Hessen am 6. April 2019 in Wetzlar

Seite 34

Antrag 007

Betr.: Digitales Klassenbuch auch für Hessen

Antragsteller: FDP Bezirksverband Nord-/Osthessen, FDP Kreisverband Marburg-Biedenkopf, Jochen Rube, Kornelia Ahr-Wiehe

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die Freien Demokraten Hessen fordern die Einführung digitaler Klassenbücher
- 2 für Hessen. Nach dem Vorbild Niedersachsens sollen an hessischen Schulen wie
- 3 auch in der Bildungsverwaltung generell alle Voraussetzungen geschaffen
- 4 werden, um den Einsatz zu ermöglichen.

- 5 Vor allem eine Anpassung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen ist hierfür
- 6 erforderlich.

Begründung:

Das Führen eines analogen Klassenbuches ist ein Relikt aus der Kreidezeit. Vor allem Datenschutzbestimmungen verhindern derzeit die Umstellung auf digitale Klassenbücher. Das Land Niedersachsen ist in diesem Punkt vorangegangen und hat seine Bestimmungen jüngst dahingehend geändert, dass es Schulen ermöglicht wird, die Umstellung durchzuführen (<https://www.lfd.niedersachsen.de/themen/schulen/datenschutz-in-schulen-56175.html>).

Kernargument gegen ein analoges Klassenbuch ist, dass der Nutzen den Aufwand nicht rechtfertigt: der ursprüngliche Gedanke, man könne eingetragene Unterrichtsthemen von Kollegen „schnell“ und „auf einen Blick“ abrufen, wird doch längst nicht mehr auf diesem Wege erfüllt und ginge digital vor allem viel effizienter. Ebenso überflüssig ist das unnötig aufwändige Übertragen der Schülerfehlzeiten in Listen und Formulare, damit diese dann wieder in Zeugnisse eingetragen werden können – ein solides digitales Klassenbuchprogramm könnte all das automatisch übertragen.

Hinzu kommt, dass von Schülern bearbeitete Themen und erbrachte Leistungen zu Förderzwecken leichter über einen längeren Zeitraum dokumentiert und nachvollzogen werden können: Individuelle Förderung wird verbessert.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Landesparteitag der FDP Hessen am 6. April 2019 in Wetzlar

Seite 35

Antrag 008

Betr.: Digitalscouts für hessische Schulen

Antragsteller: FDP Bezirksverband Nord-/Osthessen, FDP Kreisverband Marburg-Biedenkopf, Junge Liberale Hessen, Jochen Rube

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die Freien Demokraten Hessen setzen sich für die Etablierung von Digitalscouts
- 2 an hessischen Schulen ein. Das Aufgabenfeld der Digitalscouts umfasst
- 3 Beratung und Betreuung von Kollegen bei Einstieg in bzw. Umstellung des
- 4 Unterrichts auf digitale Hilfsmittel, Inventarisierung von Hard- und Software,
- 5 Erstellung eines Mediennutzungsplans, sowie Organisation der Medienbildung an
- 6 der jeweiligen Schule.

- 7 Die Scouts sollen bevorzugt, wenn auch nicht ausschließlich intern, also aus den
- 8 Reihen bestehender Kollegien besetzt werden. Um dem Umfang des
- 9 Aufgabengebietes gerecht zu werden, sollen dafür angemessene
- 10 Stundenreduzierungen geplant und genehmigt werden.

Begründung:

Das Thema „Digitales Bildung“ dringt erfreulicherweise mehr und mehr in die öffentliche Debatte. Lehrer, Eltern, Schüler, Bildungsträger und Schulbuchverlage werden sich zunehmend des Mehrwerts digitaler Hilfsmittel bewusst. Zentraler Argumentationspunkt sollte dabei sein, dass diese Hilfsmittel nicht etwa einen Unterrichtsinhalt aus sich selbst heraus verbessern, sondern dass sie schlicht bereits eingeübte Sozialformen und Methoden effektivieren: Webtools erhöhen die Möglichkeiten individueller Förderung und Kooperation der Schüler untereinander, der „Flipped Classroom“ etwa wertet Schülerprodukte auf, international organisierte, projektgebundene Zusammenarbeit einzelner Schulklassen verbessert den interkulturellen Austausch – die Liste der Beispiele ist lang.

Ein großer Schulbuchverlag hat zudem zum Schuljahr 2018/19 das erste komplett digitale Schulbuch („Mbook“) in einer Testphase auf den Markt gebracht.

Um jedoch all das Nutzen zu können, reicht das klassische Format der Lehrerfortbildung z.B. über die hessische Lehrkräfteakademie nicht aus. Bei der Erprobung und Optimierung im Alltag brauchen wir Helfer vor Ort in den Kollegien. Digitalscouts auf dem Weg zur besten Bildung für Hessen eben.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Landesparteitag der FDP Hessen am 6. April 2019 in Wetzlar

Seite 36

Antrag 009

Betr.: Kein generelles Tempolimit!

Antragsteller: FDP Bezirksverband Nord-/Osthessen

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die FDP Hessen spricht sich gegen ein generelles Tempolimit auf Autobahnen
- 2 aus und fordert die Landesregierung auf, sich in Berlin dafür einzusetzen, dass
- 3 ein solches Tempolimit nicht eingeführt wird.

- 4 Des Weiteren wird die Landesregierung aufgefordert, dafür Sorge zu tragen,
- 5 dass in Hessen moderne Kommunikationstechnologien ausgebaut werden.
- 6 Dadurch können mittels Verkehrstelematik vorhandene Verkehrswege besser
- 7 ausgenutzt und besonders belastete Straßen entlastet werden, um somit Staus
- 8 zu vermeiden und die Umweltbelastungen zu verringern.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Landesparteitag der FDP Hessen am 6. April 2019 in Wetzlar

Seite 37

Antrag 010

Betr.: Erziehermangel beheben

Antragsteller: FDP Kreisverband Frankfurt

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Der Erziehermangel ist mittlerweile so groß, dass Gruppen in Kindertagesstätten
2 verkleinert werden müssen oder sogar schließen müssen.

3 Diese Situation wird sich in den kommenden Jahren noch verschärfen, da
4 zahlreiche Erzieherinnen und Erzieher das Rentenalter erreichen. Die
5 Fachschüler, die sich derzeit in Ausbildung befinden, werden den Bedarf nicht
6 abdecken können. Dazu kommt, dass etwa 30 Prozent der Absolventen den
7 gelernten Beruf nie aufnehmen. Von den, die in den Beruf starten, sind nach drei
8 Jahren nur noch etwa Prozent als Erzieher tätig.

9 Daher fordern wir Freie Demokraten zur Behebung des Fachkräftemangels:

10 1. Umstellung der Fachschulausbildung zu einer klassischen dualen Ausbildung
11 mit dreieinhalb-jähriger Ausbildungszeit

12 2. Einführung einer Ausbildungsvergütung (wie in der dualen Ausbildung üblich),
13 um die Attraktivität der Ausbildung im ersten und zweiten Bildungsweg zu
14 steigern

15 3. Deutlicher Ausbau der Plätze an den Fachschulen, an denen Erzieher
16 ausgebildet werden

17 4. Ursachenforschung und Einleitung von geeigneten Maßnahmen, um die
18 Bereitschaft unter den Absolventen zu steigern, den Beruf aufzunehmen und
19 langfristig im Beruf zu bleiben

20 5. Einfachere und schnellere Anerkennung von ausländischen Abschlüssen und
21 Sprachförderung für ausländische Fachkräfte.

Begründung:

Eine beziehungsvolle Begleitung von Kindern in Kindertagesstätten und eine individuelle Förderung sind nur möglich, wenn ausreichend Personal in den Einrichtungen vorhanden ist und dieses auch Zeit hat, die Förderung der Kinder und nicht die Beaufsichtigung der Kinder in den Vordergrund zu stellen.

Landesparteitag der FDP Hessen am 6. April 2019 in Wetzlar

Seite 38

Antrag 011

Betr.: Hessen wird digital: Stadtentwicklung und Verkehr

Antragsteller: FDP Kreisverband Frankfurt

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Mit dem wirtschaftlichen Wachstum, neuen Formen der Arbeits- und
2 Freizeitgestaltung, zunehmendem Onlinehandel, Sharing Economy und höherem
3 Umweltbewusstsein muss die Nutzung des öffentlichen Raums moderner und
4 flexibler koordiniert werden. Deswegen fordern wir Freie Demokraten folgendes:
- 5 · Einführung digitaler Formate im Bauwesen. Ermöglichen der Nutzung ganzer
6 BIM-Modelle (Building Information Modeling – elektronisches Kataster des
7 Baubestands) in der Baugenehmigungsphase und allen weiteren Verfahren
8 zwischen Bürger und Verwaltung, digitale Bauakte im
9 Baugenehmigungsverfahren und frühzeitige digitale Bürgerbeteiligungsverfahren
10 mit Bürgerbefragung in der Bauleitung.
- 11 · Lockerung des Gebots der Funktionstrennung in der Bauleitplanung, um
12 Urbanisierungs- und Fühlungseffekte zu ermöglichen. Fühlungseffekt sind die
13 positive Beeinflussung der urbanen Umgebung durch die Ansiedlung von
14 innovativen Dienstleistungsfirmen (Silicon Valley Effekt). Wissensbasierte
15 Ökonomie – und damit eben auch Digitalisierung – setzt Fühlungseffekte voraus.
- 16 · Frei zugängliche Open-Data-Schnittstellen der Kommunen, ihrer
17 Tochterunternehmen und Landesverwaltung und landeseigene Gesellschaften für
18 Verkehrs-Daten. (Parkraumauslastung, Car- & Bike-Sharing Standorte,
19 Straßenauslastung, ÖPNV-Daten usw.) Übergreifende Mobilitäts-Anwendungen
20 (Apps) sind so möglich.
- 21 · Planung und Bau innovativer Verkehrsmittel. Automatisierte Verkehrssysteme,
22 wie beispielsweise unterirdische Güterverteilsysteme und -schnelltransporte in
23 Vakuumröhren, sollen als Zubringer und Entlastung für Verkehrsknotenpunkte
24 wie z.B. am Frankfurter Flughafen heute bereits projiziert werden.
- 25 · Einführung von landesweit mit einer App nutzbarem virtuellen Parkraumsystem
26 mit digitalem Parkticket und vernetzter Sensorik.
- 27 · Digitale automatisierte Verwaltung von LKW-Parkplätzen und -häusern für die
28 Einhaltung von Ruhezeiten an allen Bundesautobahnen. Förderung von
29 Platooning (automatisierte Kolonnenfahrten von LKWs) zur Entlastung von
30 Verkehrsflächen im Ballungsgebiet.

**Landesparteitag der FDP Hessen
am 6. April 2019 in Wetzlar**

Seite 39

Begründung:

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Landesparteitag der FDP Hessen am 6. April 2019 in Wetzlar

Seite 40

Antrag 012

Betr.: Jugendschutz in Online-Spielen durchsetzen

Antragsteller: Ralph Lange, Maria-Christina Nimmerfroh, Michael Rubin, Kornelia Ahr-Wiehe, Christof Sack, Katja Adler, Tillmann Weber, Sibylle Herbert, Rolf Würz, Thomas F. Fruhwirth, Andreas Eggenwirth

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die FDP Hessen fordert, dass auch in Online-Computerspielen die Vorschriften
- 2 des Jugendschutzgesetzes hinsichtlich unerlaubten Glücksspiels eingehalten
- 3 werden. Dabei sollte versucht werden, im Dialog mit den Herstellern eine Lösung
- 4 zu erreichen. Spiele auf Gaming-Plattformen mit sogenannten Lootboxen sollten
- 5 diese Funktionalität entweder an die geltenden Gesetze anpassen oder diese nur
- 6 für über 18jährige Spieler zulassen.

- 7 Die FDP-Bundestagsfraktion wird gebeten, eine Initiative zu starten, um das
- 8 Suchtpotential solcher Glücksspielelemente zu erforschen und Ideen zur
- 9 Durchsetzung des Jugendschutzes im Computerspielmarkt zu entwickeln.

Begründung:

In vielen Computerspielen kann man durch sog. In-App-Käufe zusätzliche Funktionen erwerben. Eine dieser häufig angebotenen Möglichkeiten sind Lootboxen. Der Funktionsumfang dieser Lootboxen ist nicht vorab einsehbar, da der zufällig und überraschend zusammengestellte Inhalt Teil der Produkteigenschaften ist. Kinder und Jugendliche können das Risiko solcher Überraschungskäufe nicht so einschätzen wie Erwachsene und gerade die hohe Bindung an Computerspiele kann dazu führen, dass für diese Lootboxen individuell hohe finanzielle Risiken eingesetzt werden.

Landesparteitag der FDP Hessen am 6. April 2019 in Wetzlar

Seite 41

Antrag 013

Betr.: Hessen wird digital: Soziales, Gesellschaft und Gesundheit

Antragsteller: FDP Kreisverband Frankfurt

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Digitalisierung im Sozialbereich soll mehr Chancen ermöglichen und den
2 gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. Dazu gehört es auch, auf Umbrüche in
3 der Arbeitswelt frühzeitig und effektiv zu agieren. Deswegen fordern wir Freie
4 Demokraten folgendes:

- 5 • Implementierung des Projektes ELFE – „Einfache Leistung für Eltern“.
6 Damit können Eltern Geburtsurkunde, Elterngeld und Kindergeld in einer
7 App schnell und unkompliziert beantragen und sich die Zeit für mehrfache
8 Behördengänge sparen.
- 9 • Barrierefreier Zugang zu digitalen Angeboten der Verwaltung. Die Inhalte
10 sind in leichter Sprache und mit Inklusions-Zugangstechniken zu
11 präsentieren.
- 12 • Evaluierung der bisherigen Berufsbefähigung von Arbeitssuchenden und
13 Neugestaltung in Richtung der neuen Berufsfelder im digitalen Bereich.
- 14 • Einrichtung eines niedrigschwelligen digitalen Stellenportals speziell für
15 einfache Tätigkeiten.
- 16 • Entlastung von Arbeitnehmern in sozialen Berufen und Gesundheits- und
17 Pflegeberufen durch einfach und schnell zu bedienende digitale und
18 automatisierte Aktenführung, Spracherkennung etc. bei den anfallenden
19 Dokumentationspflichten in allen staatlichen Einrichtungen.
- 20 • Verkauf von anonymisierten Daten zur Qualitätskontrolle oder Forschung
21 an Dritte durch staatliche Gesundheitsinstitutionen. Die erzielten Einnahmen
22 kommen der Gemeinschaft der Krankenversicherten zugute.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Landesparteitag der FDP Hessen am 6. April 2019 in Wetzlar

Seite 42

Antrag 014

Betr.: Hessen muss wieder mobil werden – Straße, Schiene und Radwege nicht gegeneinander ausspielen – Endlich wieder mehr Tempo bei Planungen und Umsetzungen von Verkehrsprojekten

Antragsteller: Dr. Stefan Naas MdL, Oliver Stirböck MdL

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Wir Freie Demokraten setzen uns für eine Politik ein, die alle Verkehrsträger und
2 damit auch alle Verkehrsteilnehmer in ganz Hessen berücksichtigt. Wir wollen ein
3 bedarfsgerechtes Straßennetz, einen leistungsfähigen ÖPNV und die freie
4 Entscheidung der Menschen über das Verkehrsmittel ihrer Wahl. Straßen,
5 Schienen und Fahrradwege dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.
6 Jeder Verkehrsträger muss da ausgebaut werden, wo es sinnvoll ist und der
7 Bedarf besteht. Wir Freie Demokraten fordern, dass politische Ideologie nicht zur
8 Maßgabe politischer Entscheidungen wird. Sanierungen von Straßen und
9 Schienen sind selbstverständlich und müssen nach nachvollziehbaren Kriterien
10 gestaltet werden. Sanierungen dürfen nicht als Blockade gegen notwendige
11 Ausbauprojekte herhalten. Sanierung UND Neubau müssen wieder der
12 Maßstab hessischer Politik auf Straße und Schiene sein. Verbote und
13 Restriktionen dürfen nicht zum Selbstzweck werden. Wir wollen den Bürgerinnen
14 und Bürgern unseres Landes die Chancen geben frei und uneingeschränkt zu
15 entscheiden, welche Verkehrsmittel sie nutzen wollen. Die Möglichkeit der freien
16 und modernen Fortbewegung bringt die Bürgerinnen und Bürger näher
17 zusammen, stärkt unsere Wirtschaft und ist im Interesse eines modernen
18 Hessens. Insofern ist insbesondere Wert auf die Sicherstellung der immer mehr
19 nachgefragten intermodalen Angebote zu legen. Der Wechsel zwischen den
20 Verkehrsträgern muss unkompliziert und zeitsparend möglich sein, zum Beispiel
21 durch große Pendlerparkplätze beim Übergang zwischen den Ballungszentren
22 und dem ländlichen Raum. Dabei sind digitale Angebote wie zum Beispiel
23 Echtzeitdaten der verschiedenen Verkehrsmittel und die entsprechende
24 IT-Infrastruktur unerlässlich, damit die Vorteile aller Verkehrsträger auf dem
25 jeweiligen Weg zum Tragen kommen. Menschen haben aufgrund ihrer
26 persönlichen Lebensumstände unterschiedlicher Herausforderungen und
27 Bedürfnisse. So ist der ÖPNV für Familien im ländlichen Raum, die ihre
28 Arbeitszeit auf die Betreuungszeiten ihrer Kinder abstimmen müssen, oft kein
29 verlässliches Angebot. In der Stadt bietet das Auto hingegen zeitliche Nachteile
30 gegenüber dem Fahrrad oder der Straßenbahn. Wir Freie Demokraten wollen
31 passgenaue Lösungen für alle Bedürfnisse schaffen.

32 Brücken und Straßen nicht nur sanieren, sondern auch neu bauen

Landesparteitag der FDP Hessen am 6. April 2019 in Wetzlar

Seite 43

33 Unsere Bundes-, Landes und Kreisstraßen übernehmen die wichtigste
34 infrastrukturelle Aufgabe in Hessen. Wir Freie Demokraten stellen fest, dass der
35 Investitionsstau hier immens ist. Marode Brücken, Langzeitbaustellen und
36 Fehlplanungen kosten das Land Millionen und unsere Bürgerinnen und Bürger
37 viel Zeit und Nerven. Unser Land muss hierbei besser werden: Besser in der
38 Planung, besser in der Ausführung und besser in der Bauüberwachung sowie
39 der Qualitätssicherung (Stichwort: Salzbachtalbrücke). Wir Freie Demokraten
40 fordern deshalb eine Gesamtplanung aus einem Guss. Infrastrukturprojekte
41 dürfen nicht wie Stückwerk geplant und umgesetzt werden, sondern müssen
42 aufeinander abgestimmt und sowohl kostengünstig wie auch zeitsparend sein.
43 Kurze Bauzeiten verhindern einen übermäßigen Eingriff in unseren Verkehr und
44 ersparen den Bürgerinnen und Bürgern unnötigen Stau.

45 Neben der notwendigen Instandhaltung und Sanierung der Infrastruktur, die
46 aufgrund von Versäumnissen der Vergangenheit nachgeholt werden muss,
47 brauchen wir aber auch einen bedarfsgerechten Ausbau von Verkehrswegen.
48 Durch die Parole der Landesregierung „Erhalt vor Neubau“ wird jegliches noch
49 so sinnvolle Neubauprojekt auf die lange Bank geschoben. Neben der
50 Herabstufung des Ausbaus der A661 und der Verzögerung beim Bau des
51 Riederwaldtunnels wurden in Hessen 20 Ortsumgehungen an Bundesstraßen,
52 für die der Bund den unmittelbaren Planungsauftrag erteilt hat, auf die Zeit nach
53 2021 verschoben. Dies verursacht nicht nur Verkehrsverzögerungen, sondern
54 auch massive Belastungen für die Anwohnerin und Anwohner, die zum Teil
55 seit mehr als 40 Jahren auf eine Umgehungsstraße warten.

56 Wir Freie Demokraten fordern ein Ende des Investitionstaus, sichere Brücken,
57 bedarfsgerecht ausgebaute Verkehrswege und damit die bestmöglichen
58 Voraussetzungen für fließenden und damit saubereren Verkehr. Dazu brauchen
59 wir auch zusätzliche Finanzmittel. Die Investitionen in den Landesstraßenbau
60 sind trotz immer neuer Rekordmeldungen der Landesregierung inflationsbereinigt
61 zurückgegangen (von überproportional steigenden Baukosten ganz zu
62 schweigen). Vor allem die Planungskapazitäten sind nicht ausreichend an die
63 Herausforderungen angepasst worden.

64 Transitland Hessen ohne IGA nicht vorstellbar

65 Wir kritisieren ausdrücklich, dass der Bund ohne Protest der hessischen
66 Landesregierung bei der Schaffung der Infrastrukturgesellschaft für Autobahnen
67 und andere Bundesfernstraßen (IGA) Hessen als Flächenland mit dem höchsten
68 Transitverkehr in der Mitte der Bundesrepublik schlicht übergangen hat und das
69 hessische Bundesfernstraßennetz auf drei zuständige Niederlassungen in
70 Rheinland-Pfalz, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen zerschlagen hat. Eine
71 sinnvolle und koordinierte Planung der hessischen Autobahnen ist damit
72 unmöglich geworden. In keinem anderen Bundesland wurde die bestehende
73 Struktur der Straßenverwaltung so zerschlagen und damit Hessen nachhaltig
74 geschwächt.

Landesparteitag der FDP Hessen am 6. April 2019 in Wetzlar

Seite 44

75 ÖPNV ausbauen – grade auch im ländlichen Raum

76 Einen wichtigen Bestandteil bei der Entlastung unserer Städte und Straßen
77 übernimmt der Öffentliche Personennahverkehr. Bessere Anschlussmöglichkeiten
78 für alle Bürgerinnen und Bürger setzen notwendige Anreize zum Umstieg auf die
79 Schiene. Wir Freie Demokraten fordern deshalb einen intelligenten und zugleich
80 zügigen Ausbau unseres Schienennetzes. Den Lärmschutz der Bevölkerung
81 nehmen wir dabei ernst. Fehlende oder viel zu lang geplante, jedoch nie
82 umgesetzte, Trassen müssen dringend angegangen werden. Projekte wie die
83 Regionaltangente West, die Trassen Frankfurt-Fulda und Frankfurt-Mannheim
84 und die Nordmainische S-Bahn werden von uns auch weiterhin unterstützt und
85 deren (Aus-)Bau gefordert. Gleiches gilt für Frankfurt Rhein-Main-Plus und den
86 Frankfurter Fernbahntunnel, der jetzt in den vordringlichen Bedarf des Bundes
87 aufgenommen wurde. Auch fordern wir Freie Demokraten die überfällige
88 Elektrifizierung der noch nicht elektrifizierten Regionalbahnen, z.B. der
89 Taunusbahn.

90 Auch im ländlichen Raum müssen die Angebote im ÖPNV deutlich verbessert
91 werden. Mitfahrbänke und von fleißigen Ehrenamtlern betriebene
92 Anruf-Sammeltaxis können nicht die Mobilität der Zukunft für den ländlichen
93 Raum in Hessen alleine bieten. Nur wenn der ländliche Raum auch beim ÖPNV,
94 der digitalen Infrastruktur und den Straßen gut angebunden ist, wird er als
95 Wohnalternative für die Menschen attraktiver und trägt zur Entlastung des
96 Ballungsraums bei. Zukünftig bietet das autonome Fahren hier große Chancen,
97 um den ÖPNV im ländlichen Raum flächendeckend zu gewährleisten. Hierzu
98 sind die Voraussetzungen in der Infrastruktur zu ermitteln und möglichst schnell
99 zu schaffen.

100 Auch andere innovative Verkehrsmittel, wie etwa Seilbahnen, können punktuell
101 eine gute Ergänzung sein. Urbane Seilbahnen besitzen hier ein besonderes
102 Potential als Straßenbahn der Lüfte. Da sie über eine unabhängige Trasse
103 verfügen, können sie konventionellen ÖPNV sinnvoll ergänzen und erweitern,
104 ohne dass aufwendige Infrastrukturmaßnahmen und Flächenverbrauch notwendig
105 wären. Die Vorteile von Seilbahnen sind etwa der geringe Platzbedarf, die
106 einfache Überwindung von Flüssen und Bergen oder eine Zubringer- bzw.
107 Verteilfunktion für den schienengebundenen ÖPNV ohne aufwändige
108 Planungsverfahren. Sie sind kostengünstig in Erstellung und Unterhaltung und
109 bieten einen sicheren und kapazitativen erheblichen Beitrag für den ÖPNV.

110 Fahrradweg und alternative Verkehrsmittel realisieren

111 Das Fahrrad spielt eine immer wichtigere Rolle auf unseren Straßen. Wir Freie
112 Demokraten setzen uns für sichere und ausgebaute Fahrradwege, auch
113 überregional ein, die in ihrer Beschaffenheit jedoch kein Hindernis für andere
114 Verkehrsträger darstellen dürfen. Wir setzen uns soweit möglich für Fahrradwege
115 abseits der Straßen ein, um alle Verkehrsteilnehmer zu schützen. Daher fordern
116 wir auch hier ein Ende des Stückwerks und den Beginn einer gesamtheitlichen

Landesparteitag der FDP Hessen am 6. April 2019 in Wetzlar

Seite 45

117 Planung von Fahrradwegen UND Verkehrsstraßen. Gerade im städtischen
118 Verkehr ist das Fahrrad oft eine schnelle Alternative und sollte deshalb bei der
119 Verkehrsplanung unter den Aspekten Sicherheit und Schnelligkeit berücksichtigt
120 werden.

121 Dieselfahrverbote verhindern

122 Dieselfahrverbote lehnen wir ab. Sie schränken die Mobilität unverhältnismäßig
123 ein. Davon sind besonders Menschen mit kleineren und mittleren Einkommen
124 betroffen, die auf die Nutzung ihres Autos zwingend angewiesen sind und sich
125 nicht die neusten Automodelle leisten können. Wir setzen stattdessen auf
126 moderne Lösungswege ohne die Dieselfahrer in unserem Land kalt zu enteignen.
127 Die Verkehrsführung in unseren Städten und Gemeinden muss verbessert
128 werden. Das Ziel von „Grünen Wellen“ ist dringender und nötiger denn je. Ein
129 großer Teil des Stickoxidausstoßes in unseren Städten und Gemeinden entsteht
130 durch veraltete Busse und Taxen. Wir Freie Demokraten fordern deswegen mehr
131 Investitionen in Sofortmaßnahmen, die eine Umrüstung vereinfachen und
132 bezahlbar machen. Alternative Kraftstoffe sollen ebenso zum Einsatz kommen.

133 Wir Freie Demokraten fordern die Landesregierung auf, im Zusammenhang mit
134 laufenden Gerichtsverfahren wegen erhöhter NO₂-Belastungen keine Vergleiche
135 einzugehen, die Fahrverbote beinhalten. Statt Fahrverbote in Aussicht zu stellen,
136 wollen wir ein Sofortprogramm auf den Weg bringen, um die NO₂-Emissionen
137 effektiv zu reduzieren. Dieses sollte u.a. 1) die Betankung der öffentlichen Flotte
138 mit emissionsreduzierten Kraftstoffen, 2) ein Förderprogramm zur Erneuerung der
139 Taxiflotte, 3) ein ergänztes ÖPNV- Angebot durch On-Demand Ride-Sharing, 4)
140 die Optimierung von Ampelschaltungen ("Grüne Welle") und 5) Maßnahmen zur
141 netzadaptiven Verkehrssteuerung umfassen.

142 Wir Freie Demokraten sind fest davon überzeugt, dass eine gute Infrastruktur nur
143 funktionieren kann, wenn alle Beteiligten in die Planung mit einbezogen werden.
144 Wir fordern ein Ende der reinen Schadensbehebungen und den Start eine
145 zukunftsorientierten und modernen Planungen für ein zukunftsorientiertes und
146 modernes Hessen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Landesparteitag der FDP Hessen am 6. April 2019 in Wetzlar

Seite 46

Antrag 015

Betr.: Frauenförderung in der FDP Hessen

Antragsteller: Liberale Frauen Hessen

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die FDP Hessen richtet in allen Untergliederungen (Landesvorstand,
- 2 Bezirksvorstände, Kreisvorstände) eine Position „**Koordinatorin Frauen**“ ein.

Begründung:

Die Partei arbeitet in einer ad-hoc Arbeitsgruppe der Bundesfraktion an einer Female Agenda. Ziel ist es, mehr Frauen für die FDP zu begeistern, mehr weibliche Mitglieder zu bekommen, mehr weibliche Wähler zu bekommen und last not least mehr Frauen in Parteiämtern wählen zu können.

Wir haben derzeit insgesamt in der Mitgliedschaft 21,9 % Frauen und 78,1 % Männer. Im Hessischen Landtag haben wir 18,18 % Frauen und 81,82 % Männer, im Bundestag sind derzeit insgesamt 30,7 % Frauen und 69,3 % Männer, bei uns liegt der Anteil bei 22 %.

Nur die AfD und die CDU liegen in ihrem Frauenanteil darunter, wobei aber gerade die CDU in der letzten Bundestagswahl mehr Frauen als Männer gewählt haben.

In den Jahren 1976 bis 1983 hatte die FDP den höchsten Frauenanteil aller Parteien im Bundestag. In unserer Geschichte hatten wir bisher keine Bundesvorsitzende aber einige Generalsekretärinnen. Nicola Beer (2013 -), Cornelia Pieper (2001-2005), Cornelia Schmalz-Jacobsen (1988-1991), Irmgard Adam-Schwätzer (1982-1984).

In der Umfrage zur Female Agenda hat sich herausgestellt, dass für Frauen die FDP als Partei durchaus attraktiv ist und dass auch die Themen der Partei bei den Frauen als attraktiv wahrgenommen werden. Das Thema, das von den befragten Frauen als Schwerpunktthema ihrer Interessen genannt wurde, war die Schul- und Bildungspolitik, dann folgt auf Platz 2 die Wirtschafts- und Steuerpolitik, und auf dem dritten Rang stehen Digitales und Innovationen.

Die FDP-Frauen wünschen sich ein aktives Frauen-Netzwerk, gezielte Trainings für Frauen und die Möglichkeit, sich in die Parteiarbeit einzubringen, und hier setzt unser Antrag an.

Alle Untersuchungen zur Erhöhung von Frauenanteilen sagen aus, dass Frauen eine andere „Anspruchkultur“ als Männer benötigen. Frauen brauchen eine Person, die für sie als Ansprechperson sichtbar und ansprechbar ist.

Landesparteitag der FDP Hessen am 6. April 2019 in Wetzlar

Seite 47

Demnächst wird sich die Partei eine "female Agenda" geben mit dem Ziel, dass mehr Frauen in die Partei eintreten aber auch mehr Frauen in Ämter kommen. Die FDP Hessen sollte hier vorangehen und Strukturen für Frauenförderung schaffen, damit mehr kompetente und aktive Frauen ihre Rolle in unserer Partei finden können.

Wir sollten hierzu im Landesvorstand, in den Bezirksvorständen und in den Kreisvorständen eine **Koordinatorin Frauen** als Ansprechperson einrichten, die langfristig auch Teil des Vorstandes werden soll und nicht nur kooptiert ist. Diese Frauen sollen Ansprechpartnerin für Frauen sein. In Form eines Talentscouts aber auch als Ansprechpartnerin für Parteipositionen überhaupt.

Besonders bei den Bezirks- und Kreisverbänden sollte eine Frau sichtbar sein, die von Frauen angesprochen werden kann, zu allen Fragen, die sich so zu einer politischen Tätigkeit stellen.

Ziel der Liberalen Frauen ist die Einrichtung eines „**Goldfischglases**“. Es soll ein Pool mit Frauen entstehen, die ein öffentliches Amt anstreben. Hierfür müssen wir bei den Orts- und Kreisverbänden aktiv werden und qualifizierte Frauen finden, Frauen aber auch qualifizieren.

Frauenförderung muss strukturell eingebunden werden und darf nicht zufällig stattfinden, wenn wir gute Frauen auf politische Positionen bringen wollen.

Landesparteitag der FDP Hessen am 6. April 2019 in Wetzlar

Seite 48

Antrag 016

Betr.: Schaffung von flächendeckenden Gewaltschutzzentren in Hessen

Antragsteller: Liberale Frauen Hessen

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die FDP Hessen fordert
- 2 • den Ausbau der bestehenden Ansätze für die landesweite Versorgung der
- 3 Bevölkerung mit Schutzambulanzen in Hessen sowie
- 4 • die flächendeckende Schaffung von Gewaltschutzzentren für die
- 5 landesweite integrierte Versorgung von Gewalt betroffenen Menschen

Begründung:

In Deutschland nehmen laut der Kriminalstatistiken die Einbruchdiebstähle ab, Gewaltdelikte aber nehmen zu. Dies gilt besonders für Gewalt gegenüber Kindern. Im vergangenen Jahr sind die Zahlen der unter 14 Jahre alten Opfer von Gewalt um 2,3 Prozent gestiegen. Nach einer Studie der Universität Ulm geht man von einer Million Gewalttaten gegenüber Kindern aus. Als Gewalttaten gelten in der Statistik Mord, Totschlag und Tötung auf Verlangen, aber auch Vergewaltigung und sexuelle Nötigung, Raub, Körperverletzung sowie erpresserischer Menschenraub und Geiselnahme.

Auch die aktuelle polizeiliche Kriminalstatistik für Hessen zeigt, dass die Einbrüche zurückgehen, andere Straftaten aber zunehmen. Die Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung (ohne Unterscheidung nach Erwachsenen oder Kindern und Jugendlichen als Opfer) nehmen zu. So sind sie von 3866 in 2017 auf aktuell 4391 Fälle gestiegen, mithin eine Zunahme von 526 Fällen, eine Zunahmen von 13,6 %. Die Fälle von Körperverletzung sind in etwa gleich geblieben, 31.737 in 2018.

Ausdrücklich werden wir hier nicht auf die Täter eingehen. Uns sind die Opfer dieser Straftaten wichtig, hier liegt der Schwerpunkt des Antrages.

Unterstützungen von Menschen, die von Gewalt betroffen sind.

Von Gewalt betroffene Menschen erhalten in unserem Land die verschiedensten juristischen Unterstützungen. Seit 2002 gibt es das Gewaltschutzgesetz, das es möglich macht, denjenigen oder diejenige der Wohnung zu verweisen, der Täter oder Täterin ist. Auch Strafanzeigen sind möglich.

Landesparteitag der FDP Hessen am 6. April 2019 in Wetzlar

Seite 49

All diese Maßnahmen setzen aber voraus, dass das Opfer die Tat oder die **Gewalt beweisen kann**. Kann es dies nicht, bringen dem Opfer weder das Gewaltschutzgesetz noch die strafrechtlichen Sanktionen etwas.

Beweise der Straftat sichern.

Der erste Weg des Opfers nach einer Straftat geht sicherlich zum Arzt seines Vertrauens, dem Hausarzt*in oder dem Gynäkolog*in. Und hier wird das Opfer im Nachhinein dann feststellen, dass hier keine qualifizierte Beweissicherung erfolgt ist. Dies hat zwei Gründe.

Zum einen gehört es nicht zur Ausbildung des niedergelassenen Arztes, gerichtsfeste Beweissicherung zu fertigen, zum anderen wird es über die allgemeine Arztvergütung nicht vergütet. Die Beweissicherung von Verletzungen fällt nicht in den Zuständigkeitsbereich der Rechtsmedizin (Forensik), und nur hier wird sie vergütet. Vergütet wird dem Arzt nur die medizinische Versorgung der Wunden und Verletzungen.

Bei der Beweisbarkeit dieser Taten steht häufig Aussage gegen Aussage, und daher ist der medizinischen Dokumentation der Verletzungen so hoher Wert beizumessen. Es muss eindeutig feststehen, dass es keine zufällige Verletzung ist und keine selbst beigebrachte Verletzung im Raum steht.

Eine schlechte oder unvollständige Beweisdokumentation von Verletzungen im Rahmen von Gewaltdelikten kann zu folgenden Aussagen im strafrechtlichen Verfahren führen: **„Das Attest enthält eine Reihe von Defiziten, der Arzt hat die Standards, die man von einem Attest erwartet nicht eingehalten. Der Arzt hat die Farbe der Hämatome und Würgemale nicht näher beschrieben und auch keine Fotos der Verletzungen gemacht. ... Es kann so gewesen sein, beweisen lässt es sich aber nicht.“**

Nach dem strafrechtlichen Grundsatz „in dubio pro reo“ führt dies zum Freispruch des Beschuldigten. Das Opfer steht dann als Lügner*in da.

Auch der niedergelassene Arzt und Gynäkologe hat zwar nach dem Patientenrechtegesetz eine Dokumentationspflicht, diese bezieht sich aber auf die Behandlung der Verletzung und eben nicht auf die Beweisbarkeit im strafrechtlichen Sinne.

Beweissicherung in Hessen:

Es gibt in Hessen in der Rechtsmedizin Gießen das sogenannte „forensische Konsil“. Hier wird Beweissicherung betrieben, das Projekt bietet aber auch von Gewalt betroffenen Personen die Möglichkeit einer vertraulichen und zeitnahen Befunddokumentation von Verletzungen. Diese Befunddokumentation soll insbesondere den Menschen die Möglichkeit einer Verletzungsdokumentation ermöglichen, die nach einer Tat keine oder noch keine polizeiliche Anzeige erstatten wollen. Auf Wunsch und nur mit Einverständnis der verletzten Person kann die Dokumentation dann ggf. zu einem späteren Zeitpunkt als Grundlage eines Gutachtens z.B. in einem Straf- oder Zivilverfahren verwendet werden. Als

Landesparteitag der FDP Hessen am 6. April 2019 in Wetzlar

Seite 50

Untersuchungsort stehen, nach vorheriger Terminvereinbarung, Räumlichkeiten am Institut für Rechtsmedizin in Gießen zur Verfügung.

Darüber hinaus richtet sich das Projekt an klinisch tätige Ärzte, Pädagogen, Jugendämter und Einrichtungen, die von Gewalt betroffene Personen betreuen und z.B. rechtsmedizinischen Rat zur Mitbeurteilung eines Einzelfalls benötigen oder Interesse an Fortbildungsveranstaltungen haben. Das Projekt bietet hier Unterstützung und Fortbildung für alle Professionen, die in diesem Bereich involviert sind.

Wichtig ist, dass den Opfern freigestellt wird, ob sie Strafanzeige erstatten. Das Opfer hat die Möglichkeit, ein Jahr lang zu überlegen, ob es tatsächlich einen Strafantrag stellen will, was gerade im familiären Rahmen ausgesprochen wichtig ist. Neben Gießen gibt es in Hessen noch die Schutzambulanz in Fulda und die Rechtsmedizin in Frankfurt.

In der Fläche gibt es aber zu wenig Angebote. Niedergelassene Ärzte, wie auch Kliniken, haben oft keine Spezialkenntnisse, wie strafrechtlich relevant zu dokumentieren ist und kennen sich auch nicht notwendigerweise in der Einschätzung der Verletzungen aus. Die kompetente Behandlung von Verletzungen setzt nicht voraus, dass sich der Arzt auch in der Herkunft der Verletzung auskennt und diese richtig einordnen kann.

Es ist dem Opfer nicht zumutbar, dass es beispielsweise aus dem ländlichen Bereich zur Beweissicherung nach Gießen oder Frankfurt fährt und dann erst die Wunden behandeln lässt.

Die Möglichkeit der Beweissicherung muss in Hessen flächendeckend gewährleistet sein.

Aber auch eine flächendeckende Beweissicherungsmöglichkeit behebt nicht das zweite Problem, dass das Opfer in der Rechtsmedizin zwar eine Beweissicherung erhält aber keine Behandlung und dass das Opfer beim Arzt seines Vertrauens zwar behandelt wird, aber keine gerichtssichere Beweissicherung erfolgt.

Das grundsätzliche Auseinanderfallen von gerichtsfester Dokumentation und medizinischer Heilbehandlung ist nicht hinnehmbar.

Die von Gewalt möglicherweise traumatisierte Person muss in dieser Situation zuerst an die Beweissicherung denken und möglicherweise mehr als 100 km fahren, um die Gewalt strafrechtssicher dokumentieren zu lassen, und danach muss sie sich zur Behandlung der Verletzungen zu einem Mediziner begeben. Dies kann einem Opfer nicht zugemutet werden, und dies gilt nicht nur für minderjährige Opfer, sondern auch für erwachsene Opfer von Gewalt.

Der richtige Ansatz ist die Verbindung zwischen einer gerichtsfesten Dokumentation und Beweissicherung, der medizinischen Behandlung und der psychosozialen Versorgung.

Landesparteitag der FDP Hessen am 6. April 2019 in Wetzlar

Seite 51

Es müssen für die Opfer flächendeckende Gewaltschutzzentren geschaffen werden, die die Beweise sichern können, aber auch die Verletzungen behandeln und darüber hinaus auch auf psychische und psychosoziale Folgen eingehen können.

Das Opfer muss geschützt und versorgt werden.

**Landesparteitag der FDP Hessen
am 6. April 2019 in Wetzlar**

Seite 52

Antrag 017

Betr.: Verwaltungsprozessuales Vorverfahren

Antragsteller: Stephan Korte

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die FDP Hessen spricht sich für die generelle Wiedereinführung des
- 2 verwaltungsprozessualen Vorverfahrens in Hessen aus.

Begründung:

Die Abschaffung des verwaltungsprozessualen Vorverfahrens für eine Reihe von Rechtsgebieten in Hessen hat die Rechtsschutzmöglichkeiten der hessischen Bürger insgesamt verschlechtert und zu einer erheblichen Mehrbelastung der Verwaltungsgerichtsbarkeit geführt.

Die Wiedereinführung des verwaltungsprozessualen Vorverfahrens in Hessen würde für alle Beteiligten Aufwand und Kosten der Rechtsverfolgung senken.

Die weitere Begründung erfolgt mündlich.

Landesparteitag der FDP Hessen am 6. April 2019 in Wetzlar

Seite 53

Antrag 018

Betr.: Straßenbeiträge

Antragsteller: FDP Kreisverband Hersfeld-Rotenburg

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Der FDP Landesparteitag fordert die FDP Landtagsfraktion auf sich dafür
- 2 einsetzen, dass die Finanzierung kommunaler Straßen so verändert wird, dass
- 3 zukünftig auf Anliegerbeiträge verzichtet werden kann. Die erstmalige
- 4 Erschließung ist davon ausgenommen.

Begründung:

Eine gute Straßeninfrastruktur ist von elementarer Bedeutung für die Leistungsfähigkeit der hessischen Gemeinden. Die Gemeindestraßen spielen dabei, insbesondere für Kommunen im ländlichen Raum, eine zentrale Rolle.

Die Finanzierung von Gemeindestraßen durch Straßenbeiträge stellt jedoch eine massive Belastung einzelner Bürger dar. Nicht selten müssen Anlieger mehrere zehntausend Euro zahlen. Viele Bürgerinnen und Bürger empfinden das als ungerecht und intransparent, da diese Straßen von allen Menschen genutzt werden und Anlieger von Kreis-, Landes- und Bundesstraßen keine Beiträge zahlen müssen.

Auch die Festsetzung der auf die Anlieger umzulegenden Finanzierungsanteile variiert, ohne dass klare und verständliche Bemessungskriterien für deren Festsetzung für viele Bürger erkennbar sind. In der Praxis beeinflusst oftmals eine mögliche Förderung durch Land oder Bund oder sonstige Geber die Ausführung der Baumaßnahmen in ihrer Art und damit auch die Kosten.

Der Hessische Landtag hat den Kommunen per Gesetz die Möglichkeit eingeräumt, auf Straßenbeiträge zu verzichten. Davon haben mittlerweile auch zahlreiche hessische Städte und Gemeinden Gebrauch gemacht.

Unterschiedliche Systeme der Gemeindestraßenfinanzierung erwecken jedoch den Eindruck einer Ungleichbehandlung bei vielen Bürgerinnen und Bürgern. Gerade Anlieger kleinerer, finanzschwacher Kommunen werden unter diesen Umständen übermäßig mit hohen Beiträgen belastet. Darunter leidet auch die Attraktivität dieser Gemeinden gegenüber straßenbeitragsfreien Kommunen, insbesondere mit Blick auf junge Familien und die Gewinnung neuer Bürgerinnen und Bürger. Die unterschiedliche Handhabung der Erhebung von Straßenbeiträgen droht zu einer Verschärfung der Spaltung zwischen finanzstarken Gemeinden und finanzschwachen Gemeinden. Im Sinne einer

Landesparteitag der FDP Hessen am 6. April 2019 in Wetzlar

Seite 54

ausgleichenden und auf vergleichbare Lebensbedingungen zielenden Politik halten wir diese Entwicklung für problematisch.

Im Rahmen der Reform der Bund-Länder-Zuständigkeiten ist die Verantwortung für die Förderung kommunaler Straßen auf die Länder übergegangen, die für die Übernahme zusätzlicher Aufgaben vom Bund durch einen höheren Anteil am Steueraufkommen entschädigt werden. Zur Umsetzung dieser Aufgaben hat der Hessische Landtag das Mobilitätsfördergesetz beschlossen, das ab 2020 die Förderung der kommunalen Straßen regelt.